

Dag Oeing

Wahlenthaltung: Profil und Motive der spanischen Nichtwähler

1. Einleitung

Nach dem Ende der Franco-Ära wurde mit der Parlamentswahl vom 15.6.1977 eine neue Epoche demokratischer Wahlen in Spanien eingeläutet. Bei der Beurteilung aller seitdem abgehaltenen Wahlen steht neben dem politischen Ergebnis auch das Phänomen der Wahlenthaltung im Mittelpunkt des Interesses der Öffentlichkeit. Gerade in den ersten Jahren des neuen demokratischen Zeitalters wurde dieser Erscheinung besondere Beachtung geschenkt, da sie u.a. auch als Gradmesser für die politische Akzeptanz der noch jungen Demokratie in der Bevölkerung galt. Ein hoher Nichtwähleranteil wurde in diesem Zusammenhang als Enttäuschung zumindest eines Teils der Bürger über das neue demokratische System oder sogar als dessen radikale Ablehnung verstanden.¹ Es bleibt immerhin festzuhalten, daß die Wahlenthaltung bei der ersten Parlamentswahl im Juni 1977 noch ca. 22% betrug, während an der zweiten Parlamentswahl im März 1979 schon etwa ein Drittel der Wahlberechtigten nicht teilnahm, bei den einen Monat später stattfindenden Kommunalwahlen waren es sogar mehr als 37%, die der Wahlurne fernblieben.² Vor dem Hintergrund der damaligen wirtschaftlichen Rezession und vor allem des mißglückten Staatsstreiches im Jahre 1981 wurde dieser Anstieg der Nichtwählerquote von politischen Beobachtern mit großer Besorgnis registriert; ein zentrales Thema des Wahlkampfes von 1982 war daher die Remobilisierung der Nichtwähler.³ Daß sich die Debatte über die Wahlenthaltung nicht nur auf die Anfänge der Demokratie in Spanien beschränkt, sondern im Gegenteil auch heutzutage noch aktuell ist, zeigt sich an der lebhaften Diskussion um die Wahlenthaltung bei der Kommunalwahl 1991, bei der mit 37,3% ein ähnlich hoher Nichtwähleranteil wie 1979 registriert wurde.⁴

-
- 1 José R. Montero: »La abstención electoral en las elecciones legislativas de 1982: Términos de referencia, pautas de distribución y factores políticos«, in: *Revista de Derecho Político*, Nr. 22, 1986, S. 105.
 - 2 José María Astorkia Hualde: »Evolución de la abstención en España: 1976-1991«, in: Pilar del Castillo (Hg.): *Comportamiento político y electoral*. Madrid 1994, S. 5.
 - 3 Manuel Justel: »Panorámica de la abstención electoral en España«, in: *Revista de Estudios Políticos* (Nueva Época), Nr. 68, 1990, S. 345.
 - 4 Astorkia Hualde: »Evolución« (Anm. 2), S. 3.

Wie sind die Zahlen über den Anteil der Nichtwähler bei den Wahlen zu interpretieren? Warum verzichtet regelmäßig ca. ein Fünftel bis ein Drittel der spanischen Wahlberechtigten auf das ihnen von der Verfassung gegebene Recht, mittels Stimmabgabe bei den Wahlen Einfluß auf die demokratischen Entscheidungsprozesse zu nehmen, und wer sind diese Nichtwähler? Konkret stellen sich also zwei wesentliche Fragen: Wer geht nicht zur Wahl? Warum gehen diese Personen nicht zur Wahl?

Diese Fragen nach dem Profil und den Motiven der Nichtwähler sollen neben der Beschreibung der quantitativen Wahlenthaltung im Mittelpunkt des Beitrags stehen. Mit Hilfe der Darstellung der Entwicklung von 1977 bis 1993⁵ soll darüber hinaus untersucht werden, ob es in dem betrachteten Zeitraum eventuell Veränderungen innerhalb der Gruppe der Nichtwähler gegeben hat. Sind die Nichtwähler tatsächlich immer noch größtenteils Angehörige sozialer Randgruppen, zeichnet sie ein geringes Interesse an der Politik aus, wie es in der Literatur häufig dargestellt wird?⁶ Oder lassen sich in Spanien eventuell ähnliche Entwicklungen wie in Deutschland beobachten? Eilfort beispielsweise spricht für den deutschen Fall von einer »Strukturerweiterung« der Nichtwählerschaft um eine »[...] bedeutende Gruppe von Nichtwählern mit ausgeprägtem politischen Interesse«,⁷ Armingeon gar von einem »Strukturwandel« der Nichtwählerschaft: »Vom desinteressierten und apathischen zum interessierten und unzufriedenen Nichtwähler.«⁸ Es geht im folgenden somit darum, die Entwicklung der Wahlenthaltung seit dem Übergang zur Demokratie zu erklären. Dabei soll sowohl auf die quantitative Ausprägung der Wahlenthaltung als auch auf das Profil und die Motive derjenigen eingegangen werden, welche die Gruppe der Nichtwähler bilden.

2. Das Wahlrecht⁹

Bevor man sich dem Problem der Wahlenthaltung widmet, muß zunächst geklärt werden, wie das der Stimmabgabe zugrundeliegende Wahlrecht beschaffen ist. Dabei interessiert insbesondere die Frage: Wer ist überhaupt wahlberechtigt? Die spanische Verfassung regelt nur die Grundzüge des Wahlsystems und überläßt

5 Für die Wahlen nach 1993 liegt noch kein geeignetes Datenmaterial vor.

6 Justel: »Panorámica« (Anm. 3), S. 373.

7 Michael Eilfort: *Die Nichtwähler: Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens*. Paderborn 1994, S. 260f.

8 Klaus Armingeon: »Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 46. Jg., Heft 1, 1994, S. 54.

9 Wahlrecht soll hier als Festlegung der rechtlichen Voraussetzungen des Wählens verstanden werden. Dieter Nohlen: *Wahlrecht und Parteiensystem*. Opladen 1986, S. 38.

nach Art. 81 Abs. 1 die nähere Ausgestaltung dem Gesetzgeber,¹⁰ dessen Aufgabe es ist, mittels Wahlgesetzen die für das Wahlsystem grundlegenden Entscheidungen zu treffen. Das endgültige Wahlgesetz wurde erst fast sieben Jahre nach Inkrafttreten der Verfassung mit der Ratifizierung des Organgesetzes (*Ley Orgánica*¹¹) 5/1985 am 19.6.1985 verkündet und ersetzte die 1977 beschlossene Regelung, die bis zu diesem Zeitpunkt als *Real Decreto-Ley* 20/1977 das Wahlverfahren für die Parlaments- und Kommunalwahlen geregelt hatte.¹²

Die Grundlage des spanischen Wahlrechts bildet das Prinzip des allgemeinen Wahlrechts nach Art. 23 der spanischen Verfassung, das festlegt, wer grundsätzlich wahlberechtigt ist.¹³ Nach diesem Prinzip haben alle volljährigen spanischen Staatsangehörigen das Recht, an den Wahlen teilzunehmen,¹⁴ wobei die Volljährigkeit nach Art. 12 der Verfassung seit 1979 mit dem 18. Lebensjahr erreicht ist;¹⁵ vorher galt das 21. Lebensjahr als Grenze.¹⁶ Nach Art. 31 Abs. 2 des Organgesetzes 5/1985 gilt dieses Recht auch für die im Ausland lebenden spanischen Staatsbürger.¹⁷ Ausgenommen von diesem Recht sind nur diejenigen, denen z.B. wegen geistiger Unzurechnungsfähigkeit oder im Zuge einer strafrechtlichen Verurteilung dieses Recht von einem Gericht ausdrücklich aberkannt wurde.¹⁸ Bei den Kommunalwahlen sind zusätzlich auch jene Ausländer wahlberechtigt, deren Heimatländer den bei ihnen lebenden Spaniern dasselbe Recht einräumen (LO 5/1985 Art. 176).¹⁹

Allen Wahltypen ist gemein, daß das Wahlrecht für sie die vier Grundprinzipien demokratischer Wahlen vorschreibt: Außer dem bereits erläuterten Grundsatz des allgemeinen gilt auch das Prinzip des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Diese in der spanischen Verfassung festgeschriebenen Grundsätze²⁰

10 Albrecht Weber: »Die Spanische Verfassung von 1978«, in: Gerhard Liebholz (Hg.): *Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart*. Neue Folge / Band 29, Tübingen 1980, S. 222.

11 Organgesetze sind notwendig, um die Verfassung »auszuführen« und zu konkretisieren. Im Rang stehen sie unter der Verfassung, weisen gegenüber anderen Gesetzen aber einen erhöhten formellen Bestandsschutz und einen höheren Rang auf. Weber: »Spanische Verfassung« (Anm. 10), S. 232.

12 Pedro Cruz Villalón: »Zehn Jahre spanische Verfassung«, in: Peter Häberle (Hg.): *Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart*. Neue Folge / Band 37, Tübingen 1988, S. 104.

13 *Diccionario del Sistema Político Español*. Madrid 1984, S. 204.

14 Laura Tamames / Ramón Tamames: *Introducción a la Constitución española*. Madrid, 5. Aufl. 1991, S. 46.

15 Ebd., S. 31.

16 Rafael López Pintor: *La opinión pública española: Del franquismo a la democracia*. Madrid 1982, S. 349.

17 Luis Aguiar de Luque / Ricardo Blanco Canales (Hgg.): *Constitución Española 1978-1988*. Madrid 1988, Band I, S. 729.

18 Ebd., S. 724.

19 Ebd., S. 750.

20 Tamames / Tamames: *Introducción* (Anm. 14), S. 108, 197.

bedeuten, daß das Stimmgewicht aller Wahlberechtigten gleich ist und nicht z.B. nach Besitz, Einkommen, Rasse, Geschlecht usw. differenziert wird, daß die Entscheidung des Wählers in Form der Stimmabgabe nicht von anderen erkennbar ist und daß die Wähler die Mandatsträger selbst und ohne Zwischengremien (Wahlmänner) bestimmen.²¹ Ein weiteres Prinzip ist der Grundsatz des freien Wahlrechts, demzufolge die Stimmabgabe freiwillig ist und niemand dazu gezwungen werden darf.²² Die Auswirkungen dieses für das Thema der Wahlenthaltung wichtigsten Prinzips, das auch für demokratische Wahlen keinesfalls selbstverständlich ist (z. B. herrscht in Belgien und Griechenland noch Wahlpflicht²³), werden weiter unten noch näher untersucht.

3. Niveau und Tendenzen der Wahlenthaltung

Wie entwickelte sich nun der prozentuale Nichtwähleranteil bei den spanischen Wahlen seit dem Übergang zur Demokratie bis heute, von welchen Faktoren ist diese Entwicklung abhängig, und welche Vermutungen lassen sich über die zukünftige Entwicklung der Wahlenthaltung anstellen? Zur Beantwortung dieser Fragen werden in den folgenden Abschnitten die Nichtwähleranteile aller Parlaments- und Kommunalwahlen von 1977 bis 1995 dargestellt. Diese Zahlen bilden sodann den Hintergrund für die anschließende Betrachtung der Profile und Motive der Nichtwähler. Nach der Darstellung des Niveaus und der Tendenzen des Nichtwähleranteils bei den Parlaments- und Kommunalwahlen wird ein Vergleich mit anderen europäischen Demokratien durchgeführt, um die in Spanien festgestellten Nichtwählerquoten besser einordnen und eventuelle Besonderheiten der Wahlenthaltung feststellen zu können. Eine Beschränkung auf diese beiden Wahltypen erscheint sinnvoll, da nur sie landesweit zu einem einheitlichen Termin abgehalten werden.

Vor einer genaueren Betrachtung der Wahlenthaltung muß jedoch zunächst festgelegt werden, welche Personen überhaupt als Nichtwähler eingestuft werden sollen. Sind diejenigen, die zwar zur Wahl gehen, dann jedoch einen ungültigen bzw. leeren Stimmzettel abgeben, auch als Nichtwähler einzustufen, oder ist nur derjenige ein Nichtwähler, der tatsächlich am Wahltag nicht im Wahllokal erscheint? Dem offiziellen Sprachgebrauch in Spanien folgend soll der Nichtwähleranteil definiert werden als die Differenz zwischen der Anzahl der Wahlberechtigten und der Anzahl der Wähler, wobei jeder als Wähler betrachtet wird, der

21 Dieter Nohlen: *Wahlrecht und Parteiensystem*. Opladen 1986, S. 28f.

22 Tamames / Tamames: *Introducción* (Anm. 14), S. 109.

23 Manuel Justel: »Composición y dinámica de la abstención electoral en España«, in: Pilar del Castillo (Hg.): *Comportamiento político y electoral*. Madrid 1994, S. 25.

einen Stimmzettel abgibt, ungeachtet dessen, ob dieser gültig, ungültig oder leer ist. Diese Definition gilt in fast allen demokratischen Ländern, lediglich in Italien werden häufig auch diejenigen als Nichtwähler betrachtet, die einen ungültigen oder leeren Stimmzettel abgeben, da deren Anzahl aufgrund der bis vor kurzem herrschenden Wahlpflicht sehr hoch, die eigentliche Nichtwählerquote hingegen niedrig ist.²⁴ Da es sich in Spanien umgekehrt verhält und auch unmöglich abzuschätzen ist, wieviel Prozent gerade der ungültig Wählenden ihren Stimmzettel irrtümlich oder aus Unkenntnis der Wahlregeln falsch ausgefüllt haben und eigentlich an der Wahl teilnehmen wollten,²⁵ soll die Gruppe der Nichtwähler wie angegeben eingegrenzt werden. Hinzu kommt die Tatsache, daß der Anteil von etwa 1,5 bis 2% der Wahlberechtigten, die einen leeren oder ungültigen Stimmzettel abgeben, bei dem hier untersuchten Phänomen keine große Rolle spielt und auch von den spanischen Wahlforschern als nicht alarmierend eingestuft wird.²⁶

3.1 Parlamentswahlen

Die Nichtwählerquoten bei den Parlamentswahlen²⁷ erlauben zunächst eine Unterteilung der bisher stattgefundenen sieben Wahlgänge in zwei deutlich voneinander unterscheidbare Gruppen: auf der einen Seite die Wahlen von 1977, 1982, 1993 und 1996, die durch eine geringere Wahlenthaltung von ca. 20-23% gekennzeichnet sind, auf der anderen Seite die Wahlen von 1979, 1986 und 1989, die mit etwa 30% eine vergleichsweise hohe Wahlenthaltung zu verzeichnen haben (s. Abb. 1). Dabei sind von Wahl zu Wahl starke Schwankungen des Nichtwähleranteils zu beobachten; so liegt die bisher höchste Wahlenthaltung (1979) zeitlich zwischen den Wahlgängen, bei denen die niedrigsten Nichtwählerquoten gemessen wurden (1977 und 1982). Ähnliche Schwankungen sind bis auf den Zeitraum von 1986 bis 1989 bei allen aufeinanderfolgenden Parlamentswahlen zu beobachten.

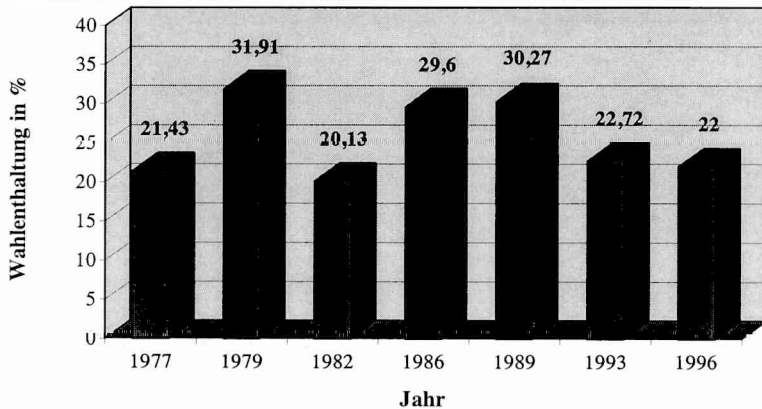
24 Manuel Justel: *La abstención electoral en España, 1977-1993*. Madrid 1995, S. 50f.

25 Francisco J. Bobillo: »El voto estéril: Nota acerca de un tipo de votos poco conocidos«, in: *Política y Sociedad*, Nr. 1, 1988, S. 129.

26 Francisco J. Bobillo: »El voto estéril en las elecciones generales españolas«, in: *Revista de Estudios Políticos* (Nueva Época), Nr. 62, 1988, S. 87.

27 Im weiteren Verlauf wird nur auf die Wahlen zum Abgeordnetenhaus eingegangen, da der Senat im spanischen Wahlsystem eine sehr untergeordnete Rolle spielt und außerdem hinsichtlich der Wahlenthaltung so gut wie keine Unterschiede zu den Wahlergebnissen des Abgeordnetenhauses aufweist.

Abb. 1: Wahlenthaltung bei Parlamentswahlen



Quelle: Ministerio del Interior.

Zur Erklärung dieser Schwankungen und der großen Unterschiede zwischen den beiden oben erwähnten Gruppen stellte Montero als erster eine Hypothese auf,²⁸ die heute von fast allen Autoren geteilt wird.²⁹ Demzufolge lassen sich die Wahlen in zwei Kategorien unterteilen: In die »außergewöhnlichen« Wahlen, auch Wahlen des Wandels genannt, und die »normalen« Wahlen (Wahlen der Kontinuität). Der erste Typ tritt nur in Zeiten von bedeutenden sozialen, politischen oder ökonomischen Veränderungen auf, führt dann zu einer größeren Politisierung und Mobilisierung der Bevölkerung und damit zu einer höheren Wahlbeteiligung.³⁰ Die Wahlen von 1977 und 1982 sind in diesem Zusammenhang als ein Beispiel für niedrige Nichtwählerquoten infolge von außergewöhnlichen politischen Umständen zu betrachten, die allerdings unterschiedlicher Natur waren. Während die Wahlen von 1977 die ersten nach einer langen Zeit der Diktatur darstellten und den Beginn eines neuen Verfassungswesens und eines Systems des demokratischen Wettbewerbs der Parteien einleiteten,³¹ die den für solche Erstwahlen typischen Effekt von großem Enthusiasmus und den Willen zur politischen Beteiligung

28 Montero: »Abstención« (Anm. 1), S. 123ff.

29 Justel: »Panorámica« (Anm. 3), S. 350; Pilar Del Castillo / Irene Delgado: »Las elecciones legislativas de 1993: movilidad de las preferencias partidistas«, in: Pilar del Castillo (Hg.): *Comportamiento político y electoral*. Madrid 1994, S. 126.

30 Justel: *Abstención* (Anm. 24), S. 84.

31 José R. Montero: »La vuelta a las urnas: Participación, movilización y abstención«, in: Juan J. Linz / José R. Montero (Hgg.): *Crisis y cambio: Electores y partidos en la España de los años ochenta*. Madrid 1986, S. 74.

unter der Bevölkerung mit sich brachten,³² beruhte die geringe Wahlenthaltung 1982 auf ganz anderen Gründen. Sie war eher Ausdruck des Wunsches der Bevölkerung nach einer Konsolidierung der Demokratie und einer Verurteilung des ein Jahr zuvor mißglückten Putsches. Gleichzeitig wurden die Wähler auch durch die Aussicht auf einen Machtwechsel mobilisiert, der zum ersten Mal nach über 40 Jahren einer sozialistischen Partei wieder die Möglichkeit zur Regierungsübernahme gab.³³ Auch die hohe Wahlbeteiligung bei der Parlamentswahl 1996 läßt sich mit der Chance auf einen Machtwechsel nach fast 14 Jahren ununterbrochener PSOE-Regierungszeit begründen. Viele Wahlberechtigte betrachteten daher auch ihre eigene Stimme als wichtig für den Wahlausgang und nahmen an der Wahl teil. Nach Justels Meinung ist deshalb die Hypothese Monteros noch zu erweitern, da die Wahlbeteiligung nicht nur in Zeiten großer Veränderungen ansteigt, sondern auch durch die höhere Bewertung der politischen Bedeutung einer Wahl und der Wichtigkeit der eigenen Stimme durch den einzelnen, wie dies bei einem ungewissen Wahlausgang der Fall ist.³⁴ Justel folgt mit dieser These dem Ansatz des rationalen Wählerverhaltens, demzufolge die Aussicht auf ein knappes Wahlergebnis die Wähler mobilisiert, da sie ihre Stimme als entscheidender für den Wahlausgang einschätzen. Auch die hohe Wahlbeteiligung bei der Parlamentswahl 1993 läßt sich hiermit erklären,³⁵ alle präelektoralen Umfragen deuteten damals auf einen knappen Ausgang der Wahl hin.³⁶ Nach Pallarés' Meinung steigt die Wahlbeteiligung allerdings nicht nur in Situationen, bei denen der Ausgang der Wahl bis zuletzt unklar bleibt, sondern auch bei einem schon vorher feststehenden Wahlergebnis, sofern dieses nur mit einem Machtwechsel verbunden ist.³⁷

Im Gegensatz zu dem bisher geschilderten Wahltyp treten die nach Montero als »normal« zu bezeichnenden Wahlen in politisch ruhigeren Zeiten auf, die durch geringe Veränderungen und einen vorhersehbaren Wahlsieg für die Regierung gekennzeichnet sind.³⁸ So zeichnete sich bei den Wahlen von 1979 aufgrund des erfolgreichen Verlaufs des Übergangs zur Demokratie bereits frühzeitig ein Erfolg der Regierungspartei ab; auch 1986 und 1989 stand der Sieger der Wahl für den Bürger schon vor der Stimmenabgabe fest,³⁹ was eine höhere Wahlent-

32 José R. Montero: »Elecciones y ciclos electorales en España«, in: *Revista de Derecho Político*, Nr. 25, 1987, S. 19.

33 Montero: »Vuelta« (Anm. 31), S. 74.

34 Justel: »Panorámica« (Anm. 3), S. 350.

35 Josep M. Vallés: »The Spanish general election of 1993«, in: *Electoral Studies*. Band 13, Nr. 1, 1994, S. 89.

36 Del Castillo / Delgado: »Elecciones« (Anm. 29), S. 126.

37 Francesc Pallarés: »Las elecciones autonómicas en España: 1980-1992«, in: Pilar del Castillo (Hg.): *Comportamiento político y electoral*. Madrid 1994, S. 160.

38 Justel: *Abstención* (Anm. 24), S. 84.

39 Bei einer Umfrage kurz vor der Wahl von 1986 glaubten beispielsweise nur 7% der Befragten nicht an einen Wahlsieg des regierenden PSOE -- CIS Umfrage Nr. 1541 (Juni 1986).

haltung als bei den Wahlen mit unsicherem Ausgang oder einem Regierungswechsel zur Folge hatte.⁴⁰

Insgesamt läßt sich sagen, daß die in den »normalen« Wahlen erreichten Nichtwählerquoten wohl das generelle Niveau der spanischen Wahlenthaltung widerspiegeln, das mittelfristig ohne größere Schwankungen bei etwa 30% liegt. Die in den »außergewöhnlichen« Wahlen erzielte niedrige Wahlenthaltung ist als Ausnahme anzusehen, zurückzuführen auf den einmaligen historischen Augenblick des Übergangs zur Demokratie. Allerdings beweisen die Ergebnisse der Wahlen von 1993 und 1996, daß die großen Schwankungen der Nichtwählerquoten nicht mit der Periode der *transición* enden, sondern daß bestimmte Konstellationen auch heute noch eine ungewöhnliche Mobilisierung der Wahlbevölkerung nach sich ziehen, jedoch bleibt auch unter diesen Umständen immer ein Sockel von etwa 20-22% Wahlenthaltung.⁴¹ Eine genaue Aussage über zukünftige Nichtwählerquoten erscheint unter diesen Bedingungen nicht möglich, es steht aber zu vermuten, daß sie sich auch künftig in einem Korridor von 20 bis 30% bewegen werden.⁴²

3.2 Kommunalwahlen

Betrachtet man die Entwicklung der Nichtwählerquoten der Kommunalwahlen, so fällt auf, daß diese ähnlich starke Schwankungen zu verzeichnen haben wie die der Parlamentswahlen (s. Abb. 2). Über die Interpretation dieser Schwankungen gibt es unter den Wahlforschern verschiedene Ansichten. Justel beispielsweise führt den schrittweisen Rückgang der Wahlenthaltung von 1979 bis 1987 auf die zunehmende Gewöhnung der Bevölkerung an die demokratischen Wahlprozesse zurück, eine Phase, die er mit dem erneuten Anstieg des Nichtwähleranteils bei der Wahl von 1991 als beendet ansieht.⁴³ Die zukünftige Wahlenthaltung wird seiner Meinung nach ähnliche Werte erreichen und fünf bis zehn Prozent über dem Durchschnitt »normaler« Parlamentswahlen liegen, d.h. bei etwa 35 bis 40%.⁴⁴ Capó Giol hingegen glaubt nicht an einen allmählichen Gewöhnungsprozeß mit sinkenden Nichtwählerquoten, vielmehr hält er die Wahlenthaltung bei den Kommunalwahlen von 1983 und 1987 für normal. Die hohe Nichtwählerquote der ersten Wahl ist seiner Meinung nach nicht mit der Neuheit von demokratischen Wahlen zu begründen (zumal dieser Umstand bei den Parlamentswahlen gerade für eine

40 Justel: »Panorámica« (Anm. 3), S. 351.

41 Astorkia Hualde: »Evolución« (Anm. 2), S. 11.

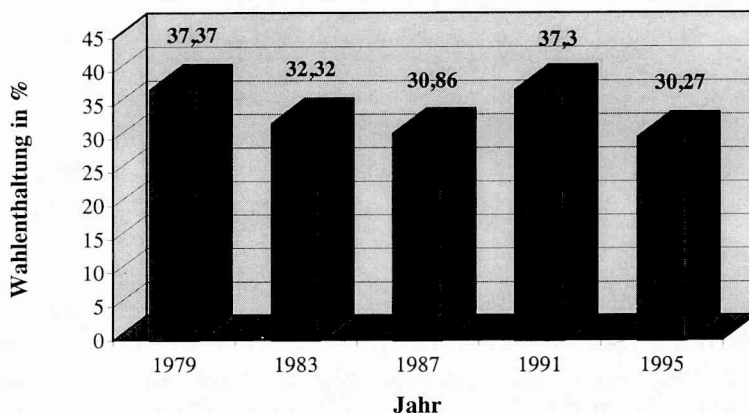
42 Justel: »Composición« (Anm. 23), S. 30.

43 Manuel Justel: *La abstención electoral en España: Características y factores*. Unveröffentlichtes Manuskript, Madrid 1993, S. 6.

44 Ebd., S. 7.

niedrige Wahlenthaltung verantwortlich gemacht wird), sondern mit der zeitlichen Nähe zu den nur einen Monat vorher abgehaltenen Parlamentswahlen, welche die Kommunalwahlen weniger wichtig erscheinen ließen.⁴⁵

Abb. 2: Wahlenthaltung bei Kommunalwahlen



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben aus: Für 1979-1991: Veröffentlichungen des Ministerio del Interior (*Elecciones locales 1979, 1983, 1987 und Elecciones municipales 1991*), für 1995 aus Schneider 1995, S. 114.

Des weiteren weist er darauf hin, daß bis auf den gerade beschriebenen Wahlgang und die Parlamentswahlen von 1982 alle Kommunal- und Parlamentswahlen von 1979 bis 1989 mit ca. 30% in etwa den gleichen Nichtwähleranteil aufwiesen. Dies lasse darauf schließen, daß die Höhe der Wahlenthaltung bei Kommunalwahlen von den gleichen nationalen Einflüssen bestimmt werde wie die Wahlenthaltung bei Parlamentswahlen und daß lokale Faktoren keine große Rolle spielten: »Las elecciones de alcaldes y concejales reciben unas presiones de carácter global que rompen el localismo; [...] son, en el fondo, unas elecciones de Estado a realizar en 8.000 municipios y no 8.000 elecciones municipales.«⁴⁶

Ebenso wie Justel hält auch Capó Giol die Wahl von 1991 mit ihrem hohen Nichtwähleranteil für den Beginn einer neuen Phase, die von höherer Wahlenthaltung als zuvor gekennzeichnet ist. Diese vor der letzten Wahl abgegebene Prognose erwies sich als falsch: Mit 30,27% wurde 1995 sogar die niedrigste Wahl-

45 Jordi Capó Giol: »Elecciones municipales, pero no locales«, in: *Revista Española de Investigaciones Sociológicas*, Nr. 56, 1991, S. 152f.

46 Ebd., S. 154.

enthaltung aller bisherigen Kommunalwahlen verzeichnet.⁴⁷ Dieser Wert unterstützt die von Pallarés geäußerte Vermutung, daß die hohe Wahlenthaltung bei der Wahl 1991 Ausnahmecharakter gehabt habe und nur auf die in jener Zeit viel diskutierte Korruptionsskandale zurückzuführen gewesen sei. Sie stellt also nicht den Beginn einer neuen Phase mit höherer Wahlenthaltung dar, vielmehr scheint die von Capó Giol beschriebene Tendenz der achtziger Jahre anzuhalten, derzufolge bei Kommunalwahlen ebenso wie bei »normalen« Parlamentswahlen einigermaßen stabile Nichtwählerquoten von etwa 30% zu erwarten sind.

3.3 Internationaler Vergleich der Wahlenthaltung

Wenn man sich vor Augen hält, daß sich die Wahlsysteme der einzelnen Länder voneinander unterscheiden und sie zudem im Laufe der Zeit immer wieder geändert wurden, dann wird schnell klar, wie problematisch ein Vergleich von Nichtwähleranteilen verschiedener Länder sein kann, bei dem diese Unterschiede unberücksichtigt bleiben. Die größten Auswirkungen auf die Wahlenthaltung gehen vom Wählerverzeichnis und der Wahlpflicht aus. Auch das Wahlalter und die Form der Stimmenverrechnung (Verhältnis- oder Mehrheitswahlrecht) können die Nichtwählerquote beeinflussen, wenn auch in geringerem Umfang. Nur bei Berücksichtigung dieser Unterschiede ist ein wirklicher Vergleich von Wahlergebnissen verschiedener Länder möglich, da sich mit ihrer Hilfe oft der größte Teil der Differenz zwischen verschiedenen Nichtwählerquoten erklären läßt.⁴⁸ Von ihnen bewirkt dabei lediglich die Form der Stimmenverrechnung, daß Spaniens Nichtwählerquote eventuell unterschätzt wird. Abhängig vom betrachteten Zeitraum und den beteiligten Staaten zeigen vergleichende Untersuchungen nämlich, daß bei Ländern mit Verhältniswahlen, wie z.B. Spanien, die Wahlenthaltung im Durchschnitt zwischen fünf und sieben Prozent niedriger ist als bei Mehrheitswahlen.⁴⁹ Da letztere Wahlform aber europaweit nur noch in Großbritannien zur Anwendung kommt,⁵⁰ spielt dieser Umstand keine große Rolle. Die übrigen drei der vier oben erwähnten Faktoren hingegen lassen die spanische Nichtwählerquote im Vergleich zu anderen Staaten höher aussehen als sie tatsächlich ist. Das Wahlalter spielt hierbei noch die geringste Rolle, da sich die Altersgrenze von 18

47 Hans Ulrich Schneider: »Die Kommunal- und Regionalwahlen in Spanien am 28. Mai 1995«, in: *KAS – Auslandsinformation*, 11. Jg., Nr. 8, 1995, S. 114.

48 Robert W. Jackman: »Political Institutions and Voter Turnout in the Industrial Democracies«, in: *American Political Science Review*, Band 81, Nr. 2, 1987, S. 405.

49 André Blais / R. K. Carty: »Does proportional representation foster voter turnout?«, in: *European Journal of Political Research*, Band 18, Nr. 2, 1990, S. 17; G. Bingham Powell Jr.: »Voting Turnout in Thirty Democracies: Partisan, Legal, and Socio-Economic Influences«, in: Richard Rose (Hg.): *Electoral Participation. A Comparative Analysis*. Beverly Hills/London 1980, S. 12.

50 Nohlen: *Wahlrecht* (Anm. 21), S. 108f.

Jahren in fast allen europäischen Staaten durchgesetzt hat, nur die Schweiz (19 Jahre) sowie Dänemark und Griechenland (20 Jahre) bilden Ausnahmen. In diesen Staaten könnte die Wahlenthaltung allein durch die höhere Altersgrenze etwas niedriger liegen als in Spanien, da vermutet wird, daß sich unter den jüngeren Wahlberechtigten überproportional viele Nichtwähler befinden. Dieser Effekt ist jedoch schwer meßbar und dürfte angesichts der geringen Differenz zwischen den verschiedenen Altersgrenzen minimal sein.⁵¹

Dies läßt sich in bezug auf die Auswirkungen des Wählerverzeichnisses nicht behaupten: Eine in 30 Staaten durchgeführte Untersuchung der Wahlenthaltung in den sechziger und siebziger Jahren ergab einen durchschnittlichen Anteil von 20% Nichtwählern unter den im Wählerverzeichnis eingetragenen Wahlberechtigten, aber 24% bei Berücksichtigung aller Bürger im wahlfähigen Alter.⁵² Diese offensichtliche Lücke in den Wählerlisten existiert in Spanien nicht. Hier geht man davon aus, daß alle bzw. sogar zu viele Bürger im wahlfähigen Alter im Wählerverzeichnis registriert sind, da die Eintragung in dieses Verzeichnis von den Behörden durchgeführt wird; die Bürger müssen sich nicht mehr selbst einschreiben wie in anderen Ländern. Sehr oft wird es von den spanischen Behörden versäumt, die verzogenen oder verstorbenen Wahlberechtigten aus ihren Wählerlisten zu streichen. So wies das Wählerverzeichnis von 1996 etwa eine Million mehr Wahlberechtigte aus, als es laut Schätzung überhaupt Bürger über 18 Jahren gab. Dies würde bedeuten, daß die Wahlenthaltung bei den Parlamentswahlen nicht 22, sondern nur 19% betrug.⁵³ Da die Nichtwählerquoten immer im Verhältnis zum Wählerverzeichnis und nicht zur Gesamtzahl der Wahlberechtigten angegeben werden, läßt sich ein Teil der vergleichsweise hohen Wahlenthaltung in Spanien also auf die unvollständigen Wählerlisten anderer Länder bzw. auf die hohe Anzahl von »Karteileichen« im spanischen Wählerverzeichnis zurückführen.⁵⁴

Am größten jedoch ist der Einfluß der Wahlpflicht, wie aus einer Untersuchung von Powell hervorgeht: In Ländern mit Wahlpflicht lag die Wahlenthaltung etwa zehn Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der übrigen Nationen.⁵⁵ Auch neuere Zahlen bestätigen diese Differenz. Während in den europäischen Ländern mit Wahlpflicht (Belgien, Griechenland, Luxemburg, Italien und Österreich) der durchschnittliche Nichtwähleranteil bei den Wahlen von 1977 bis 1990 bei 10,5% lag, betrug dieser bei den übrigen 19,6%.⁵⁶ Daß dies kein Zufall ist, zeigt das holländische Beispiel, wo nach der Abschaffung der Wahlpflicht 1967 die Wahl-

51 Justel: »Composición« (Anm. 23), S. 22.

52 Powell: »Voting« (Anm. 49), S. 6.

53 Rafael López Pintor: »El fantasma electoral de la abstención«, in: *Saber y Leer* II/96, S. 9.

54 Justel: »Panorámica« (Anm. 3), S. 352f.; Justel: »Composición« (Anm. 23), S. 23.

55 Powell: »Voting« (Anm. 49), S. 9.

56 Justel: »Composición« (Anm. 23), S. 25.

enthaltung sprunghaft anstieg und nun im Durchschnitt zehn Prozentpunkte über dem früheren Niveau liegt.⁵⁷

Um möglichst viele der gerade geschilderten Störfaktoren auszuschalten, sollen bei der nun folgenden Darstellung nur westeuropäische Staaten berücksichtigt werden, die hinsichtlich ihres Wahlsystems große Ähnlichkeit mit Spanien haben. Neben der Schweiz, die in dieser Beziehung große Unterschiede zu allen anderen Ländern aufweist, fehlen daher auch die Staaten mit Wahlpflicht (s. Tab. 1).

Tab. 1: Durchschnittliche Wahlenthaltung und Schwankungen bei Parlamentswahlen westeuropäischer Demokratien 1977-1990

Land	Anzahl der Wahlen	Durchschnittliche Wahlenthaltung in Prozent	Mittlere Standardabweichung
<i>Spanien</i>	5	26,7	4,7
Irland	6	26,5	1,9
Frankreich	4	25,6	6,1
Finnland	3	25,6	1,5
Großbritannien	3	25,2	1,4
Portugal	5	21,1	5,6
Norwegen	4	17,0	0,6
Holland	5	15,7	3,2
Dänemark	7	15,5	3,3
Deutschland	4	15,0	3,5
Schweden	4	10,5	1,8
Island	4	10,5	0,4
Durchschnitt	4,5	19,6	2,8
Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Justel 1994, S. 25.			

Wie aus Tabelle 1 zu ersehen ist, hat Spanien unter den hier aufgeführten elf Ländern die höchste Wahlenthaltung. Auch wenn der spanische Nichtwähleranteil damit etwa sieben Prozent über dem Durchschnitt der erfaßten Staaten liegt, ist der Abstand zu schon lange bestehenden demokratischen Systemen wie denen in Großbritannien, Frankreich oder Irland doch nur minimal. Vergleicht man die Wahlenthaltung in Spanien mit der bei den unmittelbaren Nachbarn, dann fällt auf, daß es in diesem Punkt größere Gemeinsamkeiten mit Frankreich als mit Portugal gibt, wo der Übergang zur Demokratie zu einem ähnlichen Zeitpunkt wie in Spanien stattfand, die Wahlenthaltung jedoch deutlich niedriger liegt. Allerdings

57 Ivor Crewe: »Electoral Participation«, in: David Butler / Howard R. Penniman / Austin Ranney (Hgg.): *Democracy at the Polls. A Comparative National Election*. Washington / London 1987, S. 240.

scheinen sich die Nichtwähleranteile beider Länder in letzter Zeit anzugleichen: Während es in Portugal eine Tendenz zu höheren Nichtwählerquoten gibt, lag die Wahlenthaltung in Spanien bei den letzten Wahlen 1993 und 1996 mit 22,7 bzw. 22% klar unter dem bisherigen Durchschnitt. Die Behauptung, in Portugal würde die Demokratie auf eine größere Akzeptanz stoßen, läßt sich mit diesen Daten also nicht untermauern. Zieht man außerdem noch die bereits angesprochenen Unterschiede beim Wählerverzeichnis in Betracht, so erscheint Spaniens Spitzenplatz bei der Wahlenthaltung in einem anderen Licht. Während z.B. in Frankreich fünf bis zehn Prozent der Wahlberechtigten nicht im Wählerverzeichnis auftauchen und auch nicht als Nichtwähler geführt werden, sorgt in Spanien die automatische Registrierung der Wahlberechtigten durch die Behörden für vollständige Wählerlisten. Bei Berücksichtigung dieser Tatsache kann man die Nichtwählerquoten in Spanien nach Justels Meinung zwei bis vier Prozent geringer als zur Zeit ausgewiesen veranschlagen. Dadurch würde sich das Land stark dem europäischen Durchschnitt annähern und seinen Spitzenplatz bei der Wahlenthaltung verlieren.⁵⁸

Hinsichtlich der zukünftigen Wahlenthaltung scheint es in allen Ländern eine Tendenz zu höheren Nichtwählerquoten zu geben.⁵⁹ Die in Spanien von Anfang an hohe Wahlenthaltung könnte daher nach Ansicht einiger Wahlforscher⁶⁰ bedeuten, daß das Land durch das späte Zustandekommen seiner Demokratie nur eine Entwicklung vorweggenommen hat, die jetzt auch andere Länder mit einer längeren demokratischen Tradition durchlaufen und die dort bisher von alten Strukturen eingedämmt wurde. Ein Beispiel hierfür ist die geringe Bindung der Spanier an politische Parteien, die in deren relativ niedrigen Mitgliederzahlen Ausdruck findet und sich in bestimmten Situationen (z.B. sicherer Wahlausgang ohne die Aussicht auf einen Machtwechsel) in höheren Nichtwählerquoten äußern kann. In anderen Ländern lassen sich ähnliche Tendenzen feststellen, die aber aufgrund ihrer parteipolitischen Tradition, die Spanien wegen der langen Zeit der Diktatur fehlt, noch nicht so deutlich hervorgetreten sind wie dort.⁶¹ Während in Spanien der Grad der Partei-Identifikation von Anfang an gering war, nimmt er in anderen Ländern aufgrund des Schrumpfens der traditionellen politischen Milieus immer mehr ab.⁶² Die hohen Nichtwählerquoten Spaniens wären also nichts Außergewöhnliches, sondern nur Ausdruck einer Entwicklung, die in anderen Ländern gerade erst beginnt. Montero meint hierzu:

58 Justel: »Composición« (Anm. 23), S. 24f.

59 José R. Montero: *Non-Voting in Spain: Some Quantitative and Attitudinal Aspects*. Barcelona 1990, S. 7.

60 Interview mit Justel (24.04.1995) und Montero (27.04.1995).

61 Juan J. Linz: »Consideraciones Finales«, in: Juan J. Linz / José R. Montero (Hgg.): *Crisis y cambio: Electores y partidos en la España de los años ochenta*. Madrid 1986, S. 658.

62 Ulrich Sarcinelli: »Vom Wählen und Nichtwählen«, in: *Das Parlament*, Nr. 39, 1994, S. 30.

There is a feeling that the Spanish voting levels are producing suddenly results that in other contexts are perceived as the consequence of evolutive processes. That is why it would not be exaggerated to remark that one of the distinctive elements of the Spanish democracy lies not so much in its late arrival to the European scene but in its modernity. In other words, in developing a certain pattern of attitudes and behaviours towards which other European political systems are going but have not reached yet.⁶³

Beachtenswert sind allerdings die weiter oben bereits angesprochenen Unterschiede zwischen den Nichtwählerquoten aufeinanderfolgender Parlamentswahlen, durch die Spanien sich deutlich von anderen europäischen Demokratien abhebt:

Para valorar suficientemente la extraordinaria inestabilidad española, debe recordarse que las tasas de participación electoral de la mayor parte de los sistemas democráticos están caracterizadas ante todo por su considerable continuidad. Las diferencias de participación existentes entre los distintos países parecen compensarse así por la escasa variación que se registra dentro de cada uno de ellos.⁶⁴

Ausgedrückt werden diese Unterschiede durch die Standardabweichung, welche als Maß dafür dient, wie weit die beobachteten Nichtwähleranteile um die mittlere Wahlenthaltung jedes Landes streuen.⁶⁵ Vergleicht man die einzelnen Länder der Tab. 1 miteinander, so fällt auf, daß Spanien auch hier mit dem dritten Rang einen der vorderen Plätze einnimmt. Bei den beiden Staaten mit noch höheren Schwankungen der Wahlenthaltung bei Parlamentswahlen (Frankreich und Portugal) sind diese eher sporadischer Natur und lassen sich auf die zeitliche und damit demobilisierend wirkende Nähe einiger Wahltermine zu den Präsidentschaftswahlen zurückführen, die von der Bevölkerung für wichtiger gehalten werden. In Spanien hingegen sind die Schwankungen die Regel und bei fast allen aufeinanderfolgenden Wahlgängen zu beobachten.⁶⁶ Ein weiterer Unterschied zum portugiesischen Fall besteht darin, daß in Spanien hohe und niedrige Nichtwählerquoten ständig abwechseln, während die hohen Werte in Portugal auf einen kontinuierlichen Anstieg der Wahlenthaltung zurückzuführen sind.⁶⁷ Da mit Griechenland auch die dritte europäische Demokratie jüngerer Datums bei einer Standardabweichung von 1,7⁶⁸ keine Gemeinsamkeiten mit Spanien zeigt, können die großen Schwankungen des Nichtwähleranteils in Spanien auch nicht mit dem Prozeß des Übergangs zur Demokratie begründet werden. Vielmehr scheint die

63 Montero: *Non-Voting* (Anm. 59), S. 8.

64 Montero: »Vuelta« (Anm. 31), S. 78f.

65 Montero: *Non-Voting* (Anm. 59), S. 8.

66 Ebd., S. 8f.

67 Montero: »Vuelta« (Anm. 31), S. 78.

68 Justel: »Composición« (Anm. 23), S. 24.

Tatsache, daß »außergewöhnliche« Wahlen im regelmäßigen Wechsel mit »normalen« Abstimmungen standen, hierfür verantwortlich zu sein.

4. Profil der Nichtwähler

Nach der Analyse der quantitativen Aspekte der Wahlenthaltung geht es in diesem Abschnitt darum, die Zusammensetzung der Nichtwählerschaft zu untersuchen. Hierfür wird sowohl auf das Instrument der Aggregatdatenanalyse als auch auf Umfragedaten zurückgegriffen. Im Hinblick auf eine der zentralen Fragestellungen dieses Beitrags soll nicht nur das Profil der Nichtwählerschaft bei einer bestimmten Wahl dargestellt werden, sondern auch deren Entwicklung im Laufe der Zeit. Nur bei Berücksichtigung der Veränderungen, welche die Nichtwählerschaft von Wahl zu Wahl durchläuft, kann beurteilt werden, ob sie tatsächlich einen Strukturwandel erlebt und wie dieser aussieht.

4.1 Nichtwähler-Kategorien

Für die bisher behandelten Aspekte der Wahlenthaltung war eine Aufteilung der Nichtwähler in verschiedene Kategorien nicht notwendig, da nur die Nichtwählerschaft als Ganzes betrachtet wurde. Daraus sollte aber nicht der Eindruck entstehen, daß es sich bei den Nichtwählern um eine homogene Gruppe handeln würde. Der häufig zu lesende Ausdruck von der »Partei der Nichtwähler«⁶⁹ ist irreführend: Die Nichtwähler sind keine Partei, sondern ein Sammelbecken mit von Wahl zu Wahl anderer Zusammensetzung. Generell lassen sie sich in drei Gruppen unterteilen: Unfreiwillige, grundsätzliche und konjunkturelle Nichtwähler.

Die unfreiwilligen Nichtwähler sind zum einen Bürger, die de facto keine Gelegenheit zur Stimmabgabe und damit nicht die Wahl haben, zu wählen oder nicht zu wählen.⁷⁰ Diese »unechten« Nichtwähler existieren eventuell gar nicht, hierbei spielen die bereits angesprochenen fehlerhaften Wählerverzeichnisse eine große Rolle. Ihr Anteil an der Anzahl der Wahlberechtigten wird, je nach Autor, auf zwei bis sieben Prozent geschätzt.⁷¹ Ferner werden auch die Nichtwähler »wider Willen« zu dieser Gruppe gezählt. Im Gegensatz zu den »unechten« Nichtwählern handelt es sich bei ihnen um wirklich Wahlberechtigte, also tatsächliche Nichtwähler. Ihre Wahlenthaltung hat »technische« Gründe, d.h. sie liegen im wesentlichen außerhalb ihres persönlichen Einflßbereiches und persönlicher Ent-

69 Z.B. Ursula Feist: »Die Partei der Nichtwähler«, in: *Gegenwartskunde* 41(4), 1992, S. 425-436.

70 Eilfort: *Nichtwähler* (Anm. 7), S. 54.

71 Diese Spanne wird in Crewe: »Electoral« (Anm. 57), S. 232 und Montero 1994, S. 105 genannt. Für López Pintor liegt sie bei zwei bis sechs Prozent, während Justel sie mit zwei bis vier Prozent angibt.

scheidungsmöglichkeiten. Typische Vertreter dieser Gruppe sind kurz vor der Wahl Erkrankte und kurzfristig Verreiste. Bei Umfragen nach den Parlamentswahlen 1986 bis 1993 gaben drei bis fünf Prozent der Befragten technische Gründe für ihre Wahlenthaltung an, bei den Kommunalwahlen 1987 und 1991 waren es fünf bzw. sechs Prozent.⁷² Die Gesamtheit der unfreiwilligen Nichtwähler macht damit etwa fünf bis zehn Prozent der Wahlberechtigten aus. Diese Beobachtung läßt sich auch bei allen anderen westlichen Demokratien machen, selbst bei einer Totalmobilisierung ist also nur eine Wahlbeteiligung von 90 bis 95% zu erreichen. Bestätigt wird das durch die Tatsache, daß auch in liberalen Demokratien mit Wahlpflicht kein höherer Wert erzielt wird.⁷³

Im Gegensatz zu den »Nichtwahlfähigen« haben freiwillige Nichtwähler durchaus die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben, unterlassen dies aber aus unterschiedlichen Gründen. Sie werden nicht aufgrund äußerer Umstände zum Nichtwähler, sondern aus eigenem Antrieb. Als grundsätzliche oder Dauer-Nichtwähler sind dabei die zu bezeichnen, die immer oder bei drei und mehr aufeinanderfolgenden Wahlgängen der Urne fernbleiben.⁷⁴ Zu ihnen gehören z.B. Angehörige von Randgruppen, Sekten oder religiösen Minderheiten, die eine Beteiligung am politischen Prozeß ablehnen, z.B. die Zeugen Jehovas.⁷⁵ Auch Gegner der Parteien oder des politischen Systems sowie apathische, der Politik gegenüber völlig gleichgültige Menschen zählen zu den grundsätzlichen Nichtwählern. Nach verschiedenen Untersuchungen liegt ihr Anteil an der Gesamtheit der Wahlberechtigten bei etwa sechs bis elf Prozent.⁷⁶

Die konjunkturellen Nichtwähler stellen den wichtigsten, interessantesten und meist auch größten Teil der Gesamt-Nichtwählerschaft dar. Ihre Wahlenthaltung beruht auf einer freien Entscheidung und wird durch die bei einer bestimmten Wahl oder in einer bestimmten historischen Situation vorherrschende politische »Konjunktur« geleitet. Daß sie nicht an den Wahlen teilnehmen, kann vielerlei Gründe haben. Einige von ihnen bleiben aus Protest den Wahlurnen fern, andere weil sie die Wahl schon für entschieden halten oder ihr Ausgang für sie ohne Bedeutung ist.⁷⁷ Da die konjunkturellen Nichtwähler die Hauptverantwortlichen für die Schwankungen des Nichtwähleranteils von Wahl zu Wahl sind, stehen sie auch im Mittelpunkt der Forschung. Im Gegensatz zu allen anderen Bevölke-

72 CIS-Umfrage Nr. 1542, 1675, 1842, 1967 und 2061.

73 Eilfort: *Nichtwähler* (Anm. 7), S. 57.

74 Ebd.

75 Birgit Hoffmann-Jaberg / Dieter Roth : »Die Nichtwähler. Politische Normalität oder wachsende Distanz zu den Parteien?«, in: Wilhelm Bürklin / Dieter Roth (Hgg.): *Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?* Köln 1994, S. 137.

76 CIS-Umfrage Nr. 1348, 1542; José R. Montero: »Una nota introductoria sobre los tipos de abstención y la movilidad de los abstencionistas«, in: *Estudis Electorals/7: El comportament electoral a l'estat espanyol (1977-1982)*. Barcelona 1984, S. 91.

77 Eilfort: *Nichtwähler* (Anm. 7), S. 60.

ungsgruppen, die entweder zu den Dauer-Wählern oder den Dauer-Nichtwählern gehören, sind sie die einzigen, die zu wechselndem Wahlverhalten tendieren.⁷⁸ Die Zahl der konjunkturellen Nichtwähler kann für jede Wahl leicht berechnet werden. Die unfreiwilligen und die Dauer-Nichtwähler zusammengerechnet, erhält man einen Durchschnittswert von etwa 16% Nichtwählern. Die Differenz zwischen diesem Wert und der tatsächlichen Wahlenthaltung macht die konjunkturellen Nichtwähler aus. Ihr Anteil an den Wahlberechtigten beträgt daher bei den Parlamentswahlen 4 bis 16% und bei den Kommunalwahlen 14 bis 21% (s. Abb. 1 und 2).

4.2 Methoden der Wahlforschung: Aggregatdatenanalyse und Umfrage

Die Aggregatdatenanalyse ist die »klassische« Methode der Wahlforschung. Auch heute noch arbeiten Wahlanalysen mit solchen Daten, die sich nicht auf einzelne Personen, sondern Bezirke, Kreise oder Regionen beziehen. Es handelt sich hierbei um amtliche Wahlergebnisse über die Stimmenanteile einzelner Parteien oder Kandidaten bzw. den Nichtwähleranteil in dem jeweiligen Wahlbezirk. Mit Hilfe von Angaben aus amtlichen Statistiken über die demographische Struktur und die soziale Zusammensetzung der Wahlbezirke lassen sich diese dann ordnen und hinsichtlich ihres Nichtwähleranteils miteinander vergleichen. Mit dieser Aggregation von Individualdaten läßt sich also aufzeigen, welches Wahlverhalten unterschiedliche soziale Gruppen aufweisen.⁷⁹ Zur Beschreibung derartiger Beziehungen wird üblicherweise der *Pearsonsche Korrelationskoeffizient* r verwendet. Er beschreibt den Grad des Zusammenhangs zwischen zwei Zufallsvariablen, z.B. Nichtwähleranteil und Größe der Wohngemeinde,⁸⁰ und kann Werte im Bereich von -1 bis +1 annehmen. Dabei besagt $r = -1$, daß hohe Meßwerte von x stets mit niedrigen y -Werten gepaart auftreten (negative Korrelation), $r = +1$ drückt aus, daß hohen x -Werten stets hohe y -Werte zugeordnet sind (positive Korrelation), $r = 0$ besagt: Beide Variablen stehen in keinem statistischen Zusammenhang miteinander.⁸¹ Zu berücksichtigen bleibt allerdings, daß die sozialen und demographischen Charakteristika lediglich Indikatoren für unterschiedliches Wahlverhalten sind und damit das Wahlverhalten nicht direkt erklären können, sondern nur die hohe Wahrscheinlichkeit einer Tendenz angeben.⁸² Die aggregierten Daten sind allerdings weitaus zuverlässiger als die in Umfragen gewonnenen, da sie tat-

78 Hoffmann-Jaberg / Roth: »Nichtwähler« (Anm. 75), S. 138.

79 Ute Kort-Krieger / Jörn W. Mundt: *Praxis der Wahlforschung. Eine Einführung*. Frankfurt a.M. 1986, S. 21.

80 Jürgen Bortz: *Statistik für Sozialwissenschaftler*. 3. Auflage, Berlin 1989, S. 101.

81 Ebd., S. 216.

82 Kort-Krieger / Mundt: »Praxis« (Anm. 79), S. 21.

sächlich erfolgtes und nicht nur angegebenes Wahlverhalten registrieren.⁸³ Die Umfrageforschung basiert auf Individualdaten, also »Informationen, die sich im Gegensatz zu Aggregatdaten auf der Ebene des einzelnen Wählers miteinander verknüpfen lassen«. Dabei können sowohl soziologische als auch politische Merkmale der Befragten untersucht und mit ihrem Wahlverhalten (Wahl oder Nichtwahl) verbunden werden. Ein entscheidender Vorteil der Umfrageforschung gegenüber der Aggregatdatenanalyse besteht darin, daß nur mit ihrer Hilfe Aussagen über die Motive der Nichtwähler gemacht werden können. Sie erlaubt außerdem eine sehr viel detailliertere Beschreibung des Nichtwählerprofils als die aggregierten Daten, die auf die durch das Nationale Institut für Statistik (INE) erfaßten statistischen Daten angewiesen sind, während bei Umfragen beliebig viele soziale und politische Merkmale abgefragt und auf ihren Zusammenhang mit der Wahlenthaltung überprüft werden können. Nachteilig wirkt sich aus, daß Umfragen sich nur auf die Angaben der Befragten stützen können, diese aber nicht unbedingt der Wahrheit entsprechen. In den Umfragen gaben sich z.B. im Durchschnitt nur etwa 47% der Nichtwähler als solche zu erkennen.⁸⁴ Zu hinterfragen bleibt dabei, ob die restlichen 53%, die ihre Wahlenthaltung nicht zugaben, als repräsentativ für alle Nichtwähler gelten können, oder ob bestimmte soziale Gruppen eher dazu neigen, ihre Wahlenthaltung zu verbergen. Für eine genaue Erfassung des Profils der spanischen Nichtwähler und ihrer Motive bietet sich die Anwendung beider hier beschriebenen Methoden an, da sie sich hinsichtlich ihrer Vor- und Nachteile sehr gut ergänzen.

4.3 Ergebnisse der Aggregatdatenanalyse:

Struktureller und kultureller Kontext der Wahlenthaltung

Bei der Untersuchung der Wahlenthaltung auf Wahlkreisebene wird nach dem statistischen Zusammenhang zwischen dem Anteil bzw. dem Anstieg der Nichtwähler und ausgewählten Merkmalen auf Wahlkreisebene geforscht.⁸⁵ Zu diesem Zweck werden die Nichtwähleranteile der einzelnen Provinzen in Beziehung zu geographischen, wirtschaftlichen, sozialen, religiösen u.a. Strukturmerkmalen der jeweiligen Provinz gesetzt. Durch die dabei für jede Wahl ermittelten Korrelationskoeffizienten, die mit der Anzahl der im Wählerverzeichnis stehenden Personen der betreffenden Provinz gewichtet und dann zu einem landesweiten Durchschnitt zusammengefaßt werden, erhält man ein erstes Bild von den Zusammen-

83 Eilfort: *Die Nichtwähler* (Anm. 7), S. 85.

84 Justel: *Abstención* (Anm. 24), S. 55.

85 Jürgen W. Falter / Siegfried Schumann: »Der Nichtwähler, das unbekannte Wesen«, in: Hans-Dieter Klingemann / Max Kaases (Hgg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*. Opladen 1994, S. 165.

hängen zwischen sozialer bzw. regionaler Lage und dem Wahlverhalten sowie deren Entwicklung von Wahl zu Wahl.

4.3.1 Stadt-Land-Gefälle

Tab. 2: Zusammenhang zwischen Wahlenthaltung und Bevölkerungsverteilung			
Wahlenthaltung	Bevölkerungs- dichte*	Bevölkerung in der Stadt**	Bevölkerung auf dem Land***
Parlamentswahlen			
1977	0,08	-0,35	0,82
1979	0,06	-0,32	0,77
1982	-0,04	-0,35	0,79
1986	0,20	-0,07	0,41
1989	0,25	-0,07	0,62
1993	0,30	-0,06	0,41
Kommunalwahlen			
1979	0,24	0,10	0,18
1983	0,24	0,00	0,52
1987	0,25	0,06	0,55
1991	0,57	0,46	-0,04
* Einwohnerzahl pro km ² ** Prozentualer Anteil der Bewohner von Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern an der Gesamtbevölkerung *** Prozentualer Anteil der auf dem Land lebenden Bürger an der Gesamtbevölkerung (nach der Definition des INE gehören dazu all jene, die mehr als 200 m von jeder Ansiedlung entfernt wohnen) Quelle: In Anlehnung an Justel 1995, S. 128.			

Bei Betrachtung der Koeffizienten in Tab. 2 wird schnell klar, daß die Wahlenthaltung in Spanien seit Mitte der achtziger Jahre immer mehr zu einem städtischen Phänomen wird. Am deutlichsten läßt sich dies an den Korrelationskoeffizienten der Bevölkerungsdichte ablesen, die Aufschluß über den Zusammenhang von Wahlenthaltung und Einwohnerzahl pro km² geben. Bei den Kommunalwahlen korrelierten diese beiden Variablen schon immer positiv, wobei 1991 im Vergleich zu den Vorjahren ein starker Anstieg zu verzeichnen war. Auch bei den Parlamentswahlen wird die positive Korrelation seit 1986 immer stärker, d.h. die Wahlenthaltung steigt mit zunehmender Bevölkerungsdichte. Begreift man Urbanisierung allerdings nicht nur als Bevölkerungskonzentration, sondern auch als Zeichen von sozioökonomischer und kultureller Entwicklung, dann zeigt die hier beschriebene Entwicklung der Wahlenthaltung, daß in Spanien der Trend

nicht so verläuft, wie er von vielen Wahlforschern erwartet wurde.⁸⁶ Sie hatten angenommen, daß wirtschaftliche Entwicklung und soziale Modernisierung einen mobilisierenden Effekt auf die sozialen Randgruppen ausüben würden, die ihrer Meinung nach für den größten Teil der Wahlenthaltung verantwortlich seien. Dies müsse auch zu einer höheren politischen Beteiligung und zu niedrigeren Nichtwählerquoten führen.⁸⁷ Diese Ansicht wurde allerdings von der starken positiven Korrelation der Wahlenthaltung mit der städtischen Bevölkerung widerlegt. Sie zeigt, daß sich ein immer größerer Teil der Nichtwählerschaft vom Land in die Stadt verlagert.

4.3.2 Ökonomischer Hintergrund

Um den Grad des Zusammenhangs zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren und der Wahlenthaltung zu beschreiben, wird der prozentuale Anteil der Beschäftigten jedes Sektors an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer der betreffenden Provinz mit der dortigen Nichtwählerquote verglichen. Bei der Betrachtung der Ergebnisse fällt zunächst einmal die deutliche Veränderung auf, welche die Korrelationskoeffizienten seit 1977 durchlaufen haben. Diese betrifft alle drei Sektoren gleichermaßen und läßt sich bei beiden Wahltypen feststellen. Es handelt sich dabei um eine Verschiebung der Wahlenthaltung vom ersten hin zum zweiten und dritten Sektor, die auf große Veränderungen hinsichtlich der Zusammensetzung der Nichtwählerschaft schließen läßt.

Noch Ende der siebziger Jahre neigten Provinzen mit einem starken Agrarsektor viel eher zur Wahlenthaltung als solche, in denen die Wirtschaft vom sekundären oder tertiären Sektor geprägt war, wobei diese Tendenz bei Parlamentswahlen deutlicher als bei Kommunalwahlen war.

Nach den letzten Wahlgängen hingegen macht es bei Parlamentswahlen kaum noch einen Unterschied, von welchem Sektor eine Provinz geprägt ist, da alle dieselben Nichtwählerquoten wie bei der letzten Wahl aufwiesen. Bei Kommunalwahlen neigen von Industrie und Dienstleistung geprägte Provinzen sogar zu einer höheren Wahlenthaltung als solche, in denen die Landwirtschaft dominiert. Es ist dabei wohl kein Zufall, daß diese Entwicklung ebenso wie bei der vorher betrachteten Bevölkerungsverteilung seit 1986 in verstärktem Maße zu beobachten ist. Die beobachtete Verschiebung der Wahlenthaltung aus ländlichen Gebieten in die Städte scheint dieselbe Entwicklung zu beschreiben, da die meisten Beschäftigten im Agrarbereich auf dem Land leben, während die Arbeitnehmer im sekundären

86 Lester W. Milbrath: »Political Participation«, in: Samuel L. Long (Hg.): *The Handbook of Political Behavior*. Nr. 4, New York 1981, S. 197-239; Rafael López Pintor: *Las bases sociales de la democracia en España*. Fundación Humanismo y Democracia, Madrid 1981.

87 Seymour Martin Lipset: *El hombre político. Las bases sociales de la política*. Madrid 1987, S. 262.

und tertiären Sektor wie die Unternehmen, für die sie arbeiten, eher in mittleren und hohen Bevölkerungskonzentrationen anzutreffen sind.⁸⁸

Tab. 3: Zusammenhang zwischen Wahlenthaltung und Produktionsstruktur

Wahlenthaltung	Landwirtschaft*	Industrie*	Dienstleistungen*	Dienstleistungen 1991**
Parlamentswahlen				
1977	0,79	-0,56	-0,66	-0,52
1979	0,75	-0,56	-0,61	-0,47
1982	0,79	-0,62	-0,63	-0,49
1986	0,33	-0,39	-0,17	-0,02
1989	0,34	-0,46	-0,14	-0,01
1993	0,07	0,01	-0,10	0,06
Kommunalwahlen				
1979	0,13	-0,30	0,03	0,17
1983	0,37	-0,41	-0,21	-0,07
1987	0,27	-0,36	-0,12	-0,06
1991	-0,33	0,07	0,39	0,46
* Prozentualer Anteil der im jeweiligen Sektor Beschäftigten an der gesamten Arbeitnehmerschaft im Jahr 1985				
** Prozentualer Anteil der im tertiären Sektor Beschäftigten an der gesamten Arbeitnehmerschaft im Jahr 1991				
Quelle: In Anlehnung an Justel 1995, S. 137.				

Insgesamt scheint die Entwicklung gegen die Richtung der industriellen und tertiären Entwicklung zu gehen. Dies widerspricht der klassischen linearen Interpretation, derzufolge die Modernisierung der Wirtschaft mit einer Abnahme der Wahlenthaltung verbunden ist. Da dieser Modernisierungsprozeß mit der Entwicklung hin zum tertiären Sektor in Spanien in vollem Gange ist, sollen auch die Daten von 1991 in die Analyse mit einbezogen werden, die den Prozentanteil der im tertiären Sektor Beschäftigten an der Gesamtheit der Arbeitnehmer der jeweiligen Provinz zu diesem Zeitpunkt mißt. Im Vergleich zu den 1985 erhobenen Daten ergeben sie aber kein anderes Bild, sondern bestätigen, daß die Verschiebung der Nichtwählerschaft einherzugehen scheint mit der Entwicklung der spanischen Wirtschaft hin zum tertiären Sektor.⁸⁹ Es bleibt aber zu beachten, daß der betrachtete Zeitraum für Theorien über eine langfristige Entwicklung eventuell zu

⁸⁸ Justel: *Abstención* (Anm. 24), S. 13ff.

⁸⁹ Ebd., S. 136ff.

kurz ist, bei der hier analysierten Situation könnte es sich auch um eine konjunkturelle Schwankung handeln.⁹⁰

4.3.3 Sozialer Status

Die Entwicklung der Beziehung zwischen Wahlenthaltung und Einkommen scheint ebenso wie die zwischen Wahlenthaltung und Bevölkerungsverteilung bzw. Produktionsstruktur in zwei Etappen zu verlaufen. In der ersten Periode von 1977 bis 1986 korrelierten die beiden Variablen bei den Parlamentswahlen stark negativ miteinander, während sich bei den darauffolgenden Wahlen kaum ein statistischer Zusammenhang nachweisen ließ. Bei den Kommunalwahlen war dies von Anfang an der Fall, erst die Wahl 1991 brachte mit einer relativ starken positiven Korrelation die Wende. Während also in der ersten Periode die Provinzen mit vergleichsweise hohem durchschnittlichen Einkommen der Bevölkerung eine niedrige Wahlenthaltung aufwiesen, hatte dieser Faktor in der zweiten Periode keine bzw. sogar die entgegengesetzte Wirkung auf die Nichtwählerquoten. Dies deutet auf eine spürbare Veränderung des Phänomens der Wahlenthaltung hin. Hohe Einkommen oder ein hoher Lebensstandard bedeuten nicht mehr automatisch auch geringere Wahlenthaltung, wie dies von den Vertretern des soziologischen Gruppenansatzes propagiert wird.⁹¹

Ein ähnliches Ergebnis zeigt die Betrachtung des Zusammenhangs zwischen Beschäftigungsstatus und Wahlenthaltung. Vor allem bei den Parlamentswahlen war die Wahlenthaltung sowohl unter sämtlichen Arbeitnehmern als auch unter den Führungskräften zunächst sehr niedrig. Mit jeder Wahl wurde die Verbindung zwischen diesen beiden Variablen jedoch schwächer, bei der letzten Wahl war sie nur noch leicht negativ. Diese Tendenz von zunehmender Wahlenthaltung, die sich sowohl bei der Betrachtung der Gesamtheit aller Arbeitnehmer als auch bei der speziellen Gruppe der leitenden Angestellten und Ingenieure zeigt, verläuft damit parallel zu der Entwicklung des sekundären und tertiären Sektors. Auch bei den Kommunalwahlen ist der Verlauf ähnlich: von einer schwachen negativen zu einer schwachen positiven Korrelation.

90 Interview mit Justel und Montero am 03.05.1995.

91 Jacques Thomassen: »Introduction: The intellectual history of election studies«, in: *European Journal of Political Research*, Band 25, Nr. 3, 1994, S. 242.

Tab. 4: Zusammenhang zwischen Wahlenthaltung und sozialem Status

Wahlenthaltung	Mittleres Einkommen*	Arbeitnehmer**	Leitende Angestellte und Ingenieure***
Parlamentswahlen			
1977	-0,44	-0,78	-0,61
1979	-0,42	-0,75	-0,59
1982	-0,45	-0,79	-0,64
1986	0,00	-0,41	-0,32
1989	0,07	-0,48	-0,34
1993	-0,08	-0,19	-0,05
Kommunalwahlen			
1979	-0,10	-0,12	-0,10
1983	-0,13	-0,42	-0,29
1987	-0,17	-0,32	-0,16
1991	0,39	0,19	0,31
* Durchschnittliches Familieneinkommen			
** Gesamtzahl der Arbeitnehmer			
*** Prozentualer Anteil der leitenden Angestellten und Ingenieure an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer			
Quelle: In Anlehnung an Justel 1995.			

Insgesamt gesehen wird das Profil der Nichtwähler zunehmend undeutlicher. Während Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre noch ein klarer Zusammenhang zwischen hohem Einkommen und geringer Wahlenthaltung bestand, läßt sich heute nicht mehr sagen, daß Bevölkerungsgruppen mit hohem Lebensstandard tendenziell in größerem Umfang an der Wahl teilnehmen. Wie in den vorherigen Abschnitten kommt man auch hier zu dem Schluß, daß die Wahlenthaltung mit zunehmendem Fortschritt nicht sinkt, sondern eher noch steigt.

4.3.4 Bildung

Bei diesem Faktor soll das Augenmerk vor allem auf der Untersuchung von zwei Extremgruppen liegen: Analphabeten und Akademiker. Als Vergleichsmaßstab hierzu dient die Bevölkerung ohne Universitätsstudium. Wie sich an den Koeffizienten in Tab. 5 ersehen läßt, war bis einschließlich 1982 ein fehlendes Studium ein Faktor, der sich demobilisierend auf das Wahlverhalten der Spanier auswirkte. Danach wurde dieser Faktor sowohl bei Parlaments- als auch bei Kommunalwahlen immer schwächer, bei den letzten beiden Wahlen kehrte sich seine Wirkung gar ins Gegenteil um. Genau umgekehrt verlief die Entwicklung des Korrelationskoeffizienten der Universitätsabsolventen: Bis 1983 verzeichneten die Provinzen mit einem hohen Anteil an Akademikern eine niedrige Wahlenthaltung,

danach wurde die Auswirkung dieses Faktors immer schwächer. Während die beiden Variablen bei der letzten Parlamentswahl immer noch schwach negativ korrelierten, war die Korrelation bei der letzten Kommunalwahl bereits auf einem relativ stabilen positiven Niveau, d.h. in Provinzen mit einem hohen Anteil an Akademikern wurden auch hohe Nichtwählerquoten verzeichnet.

Tab. 5: Zusammenhang zwischen Wahlenthaltung und Bildungsniveau

Wahlenthaltung	Analphabeten*	Normaler Schulabschluß**	Akademiker***
Parlamentswahlen			
1977	0,06	0,38	-0,13
1979	0,05	0,39	-0,11
1982	0,09	0,37	-0,18
1986	-0,06	0,25	-0,07
1989	-0,07	0,14	-0,09
1993	-0,18	-0,11	0,01
Kommunalwahlen			
1979	0,10	0,39	-0,10
1983	-0,01	0,28	-0,05
1987	0,04	0,10	0,02
1991	-0,22	-0,08	0,29
* Prozentualer Anteil der Analphabeten an der Gesamtbevölkerung			
** Prozentualer Anteil der Bevölkerung ohne Universitätsabschluß an der Gesamtbevölkerung			
*** Prozentualer Anteil der Akademiker an der Gesamtbevölkerung			
Quelle: In Anlehnung an Justel 1995, S. 144.			

Die Korrelation der Analphabeten mit der Wahlenthaltung ist hingegen eher schwach. Da sie oft eine soziale Außenseiterrolle spielen, wäre aufgrund des sozialpsychologischen Ansatzes eine Tendenz zu hoher Wahlenthaltung in dieser Gruppe keine Überraschung gewesen. Bei der letzten Wahl wies sie aber sogar eine relativ niedrige Wahlenthaltung auf. Dieser Trend zeigt sich auch bei dem Ergebnis einer anderen Studie, bei welcher der Zusammenhang zwischen dem Teil der Bevölkerung ohne Schulabschluß bzw. mit Volksschule und der Wahlenthaltung gemessen wurde.⁹² Auch in dieser Gruppe mit niedrigem Bildungsniveau wurde zunächst eine Tendenz zu hohen Nichtwählerquoten beobachtet, die sich im Laufe der Zeit immer mehr abschwächte und bei den Kommunalwahlen sogar ins Gegenteil umkehrte.

Nach der Analyse aller hier behandelten Faktoren kommt man zu dem Schluß, daß sich die Nichtwählerschaft in Spanien in einem Strukturwandel befindet. Da-

92 Justel: *Abstención – Características* (Anm. 43), S. 17.

bei lassen sich folgende Tendenzen feststellen: Die Wahlenthaltung verlagert sich aus den ländlichen Gebieten in die Städte und von traditionellen in moderne Wirtschaftssektoren. Ferner greift sie immer mehr auf die Angehörigen gebildeter und wohlhabender Schichten über.⁹³ Statt die Nichtwählerquoten zu senken, wie das von einigen Wahlforschern erwartet wurde, scheint der Modernisierungsprozeß in Spanien mit steigender Wahlenthaltung einherzugehen. Um diese Hypothese auf ihre Richtigkeit zu überprüfen und eventuell eine Begründung für die Strukturveränderung zu finden, sollen in den nächsten beiden Abschnitten soziologische und politische Faktoren anhand von Individualdaten hinsichtlich ihres Einflusses auf die Wahlenthaltung überprüft werden.

4.4 Umfrage-Ergebnisse

Die bisherige Untersuchung des Phänomens der Wahlenthaltung bewegte sich ausschließlich auf der Ebene des Wahlkreises und konzentrierte sich allein auf die Umstände hoher Wahlenthaltung. In den folgenden Abschnitten hingegen soll nun der Nichtwähler selbst im Mittelpunkt der Analyse stehen. Dieser Wechsel der Perspektive bedingt auch einen Wechsel der Datenbasis. Um die individuellen Eigenschaften von Nichtwählern beschreiben zu können, muß auf Umfragedaten zurückgegriffen werden. Alle hier verwendeten Umfragen wurden vom »Zentrum für Soziologische Untersuchungen« (CIS) in Auftrag gegeben. Es handelte sich dabei um »face-to-face«-Interviews, die jeweils unmittelbar nach dem Wahltermin der Parlaments- und Kommunalwahlen landesweit von Mitarbeitern des CIS durchgeführt wurden.⁹⁴ Dabei wurden je nach Umfrage zwischen 1183 und 8286 nach repräsentativen Gesichtspunkten ausgewählte Personen anhand von vorgegebenen Fragebögen zu ihrem Wahlverhalten befragt.⁹⁵

4.4.1 Soziologische Einflußfaktoren

4.4.1.1 Geschlecht, Alter und Bildung

Die in Tab. 6 aufgelisteten Ergebnisse der Umfragen zeigen deutlich, daß es in bezug auf die Wahlenthaltung kaum einen Unterschied zwischen den Geschlechtern gibt. Bei beiden Wahltypen ist die Nichtwählerquote über den gesamten Zeitraum annähernd gleich. In den ersten Wahlgängen war die Wahlenthaltung unter den Frauen zwar leicht höher als die der Männer, diese Unterschiede sind aber mit den letzten Wahlen verschwunden. In Spanien ist damit dieselbe Entwicklung

93 Ebd., S. 18.

94 Nur die Umfragen zu den Parlamentswahlen 1977 und 1979 fanden erst sechs bzw. drei Monate nach den Wahlen statt.

95 Interview mit Justel am 26.04.1995.

zu beobachten, die vorher in anderen Ländern schon stattgefunden hat. Eine mögliche Erklärung dafür könnte sein, daß sich angesichts der zunehmend gleichen Chancen im Bildungsbereich und beim Zutritt zum Arbeitsmarkt auch das Wahlverhalten von Männern und Frauen angenähert hat.⁹⁶ Diese Theorie gilt für Spanien nur teilweise. Bei den Umfragen stellte sich heraus, daß die Wahlenthaltung unter berufstätigen Frauen genauso hoch ist wie bei Hausfrauen.⁹⁷ Der Zugang zum Arbeitsmarkt wirkt sich also nicht mobilisierend auf die Frauen aus. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen aber, daß zumindest der erste Teil der Theorie zutrifft: Während die Nichtwählerquote bei den Frauen ohne Schulabschluß deutlich höher ist als bei den Männern in derselben Situation, weisen unter den Akademikern die Frauen eine niedrigere Wahlenthaltung auf.⁹⁸ Gleiche Bildungschancen für beide Geschlechter wirken sich auf die Wahlbeteiligung der Frauen also mobilisierend aus.

Tab. 6: Wahlenthaltung von Männern und Frauen bei Parlaments- und Kommunalwahlen

Wahljahr	Männer	Frauen
Parlamentswahlen		
1977	10	14
1979	15	17
1982	10	13
1986	14	15
1989	17	16
1993	13	13
Kommunalwahlen		
1979	18	20
1983	17	19
1987	13	18
1991	20	21
Quelle: Eigene Darstellung: CIS – Catálogo del Banco de Datos, 1993.		

Dem Faktor des Alters wird in der Wahlforschung große Bedeutung zugemessen. Hinsichtlich seines Einflusses auf das Wahlverhalten lassen sich dabei zwei Theorien unterscheiden: Während das lineare Modell besagt, daß die Wahlenthaltung mit zunehmendem Alter immer mehr abnimmt, vertreten die Anhänger des Kurven-

⁹⁶ Milbrath: »Political« (Anm. 86), S. 228.

⁹⁷ CIS – Catálogo del Banco de Datos, 1993.

⁹⁸ Ebd.

modells die Ansicht, daß die Nichtwählerquoten bis zum Alter von 50 oder 60 Jahren ständig abnehmen, um dann bei den älteren Jahrgängen wieder anzusteigen.⁹⁹

Tab. 7: Zusammenhang zwischen Wahlenthaltung und Altersstruktur

Wahlenthaltung	18-25	26-40	41-60	> 60
Parlamentswahlen				
1977	23	10	9	17
1979	33	14	6	20
1982	20	10	8	11
1986	26	14	10	17
1989	23	19	10	19
1993	20	15	10	12
Kommunalwahlen				
1979	36	18	9	23
1983	24	20	14	21
1987	24	15	10	17
1991	31	20	15	20

Quelle: Eigene Darstellung: CIS – Catálogo del Banco de Datos, 1993.

Wie aus Tab. 7 deutlich hervorgeht, ist Spanien ein Beispiel für das Kurvenmodell: Bis zum 60. Lebensjahr sinkt die Wahlenthaltung mit zunehmendem Alter, bei Älteren verhält es sich umgekehrt. Die Nichtwählerquoten sind also unter den jüngsten und den ältesten Wahlberechtigten am höchsten, während die mittleren Jahrgänge eine niedrigere Wahlenthaltung aufweisen.

Hinsichtlich des dritten Faktors, der in diesem Abschnitt untersucht werden soll, läßt sich folgende Regel aufstellen: Je höher das Bildungsniveau, desto größer die Wahlenthaltung. Allerdings ist der Unterschied zwischen den Nichtwählerquoten der einzelnen Gruppen nicht besonders groß, was darauf schließen läßt, daß der Einfluß des Bildungsniveaus auf die Wahlenthaltung geringer ist als die des Alters. Trotzdem unterstreichen die hohen Nichtwählerquoten unter der gebildeten Bevölkerung, daß die mit Hilfe der Aggregatdatenanalyse aufgestellte Behauptung zutrifft: Ein hoher Lebensstandard oder eine gute soziale Position garantieren keine niedrige Wahlenthaltung.

4.4.1.2 Familienstand

Die Ergebnisse der Umfragen ergeben hinsichtlich der Bedeutung des Familienstandes für das Wahlverhalten ein klares Bild. In der Gruppe der Verheirateten ist die Wahlenthaltung deutlich niedriger als bei den Alleinstehenden, wobei es keine Rolle spielt, ob diese verwitwet, geschieden oder »Single« sind. Dieser Effekt

99 Angus Campbell u.a.: *The American Voter*. New York 1960.

betrifft im übrigen fast alle Altersschichten und jedes Bildungsniveau.¹⁰⁰ Der Grund dafür ist wohl in der gegenseitigen Mobilisierung der Ehepartner zu suchen, die sie in höherem Maße als die Alleinstehenden zur Abgabe ihres Stimmzettels bringt.¹⁰¹

4.4.1.3 Sozialer Status

Aus den Daten des CIS war für die Analyse dieses Faktors lediglich die in Tab. 8 dargelegte Aufstellung der Nichtwählerquoten bei Personen in unterschiedlichen Beschäftigungssituationen von Nutzen. Hierbei wird grundsätzlich zwischen Berufstätigen und Nichtberufstätigen unterschieden, wobei letztere noch einmal in Arbeitslose, Rentner, Studenten und Hausfrauen unterteilt wurden.

Tab. 8: Zusammenhang zwischen Wahlenthaltung und sozialem Status					
Wahljahr	berufstätig	arbeitslos	Rentner	Student	Hausfrau
Parlamentswahlen					
1977	9	18	14	33	13
1979	13	22	18	42	14
1982	9	12	8	26	13
1986	13	19	13	24	13
1989	16	23	15	25	16
1993	13	16	12	19	12
Kommunalwahlen					
1979	16	22	20	52	18
1983	16	25	28	25	19
1987	14	19	13	19	16
1991	19	25	15	35	20
Quelle: Eigene Darstellung: CIS – Catálogo del Banco de Datos, 1993.					

Die Ergebnisse zeigen für beide Wahlarten, daß die Wahlenthaltung unter den Berufstätigen geringer ist als bei den Personen ohne einen festen Arbeitsplatz. Zurückzuführen ist dies aber wohl eher auf den Vergleich von Studenten und Rentnern, die nach dem Kurvenmodell die Altersgruppen mit der höchsten Nichtwählerquote stellen, mit einem Teil der Bevölkerung, der hinsichtlich seiner Altersstruktur zu niedrigerer Wahlenthaltung neigt. Ohne diesen Effekt gäbe es voraussichtlich kaum Unterschiede im Wahlverhalten beider Gruppen, vor allem nicht ab der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Seit diesem Zeitpunkt nähern sich ihre Nichtwählerquoten immer mehr an, bei den Parlamentswahlen sind sie mittlerweile gleich.

100 CIS – Catálogo del Banco de Datos, 1993.

101 Campbell u.a.: *American* (Anm. 99), S. 109.

4.5 Politische Einflußfaktoren

Nach Eilfort haben alle Individuen und Gruppen von Individuen eine individuelle »Reizschwelle der Wahlbeteiligung«. Wird dieser Punkt überschritten, nehmen sie teil, sind die Reize nicht stark genug oder negativ, dann enthalten sie sich. Bei wem die Reizschwelle eher höher und bei wem sie eher tiefer liegt, wird von den im letzten Abschnitt behandelten soziologischen Faktoren bestimmt.¹⁰² In diesem Abschnitt werden politische Faktoren analysiert. Mit ihrer Hilfe soll dargestellt werden, welcher Art und wie stark die Reize sein können, die zum Überschreiten der Schwelle beitragen oder aber ihr Erreichen verhindern.¹⁰³

4.5.1 Politisches Interesse

Die Verbindung von politischem Interesse und niedriger Wahlenthaltung scheint auf der Hand zu liegen. Die Daten in Tab. 9 unterstreichen diesen Zusammenhang ebenfalls: Hohes politisches Interesse geht einher mit hoher Wahlbeteiligung, während politisch Uninteressierte potentielle Nichtwählerkandidaten sind. Teilweise auch als *antesala de la abstención* bezeichnet, stellt mangelndes politisches Interesse die direkte Vorstufe der Nichtwahl dar.¹⁰⁴ Obwohl das politische Interesse die Variable mit der wohl engsten Verbindung zur Wahlenthaltung ist,¹⁰⁵ sollte hier ebenso wie bei anderen Umfrage-Ergebnissen auch immer daran gedacht werden, daß diese Daten einige Risiken in sich bergen. Gerade für politisch Interessierte dürfte es schwerer sein zuzugeben, daß sie an einer Wahl nicht teilgenommen haben. Aber auch die relativ niedrige Nichtwählerquote bei den Parlaments- und Kommunalwahlen 1979 in der Gruppe der Wahlberechtigten, die sich selbst als »politisch wenig interessiert« einstufen, verweist auf die Schwierigkeit einer eindeutigen Interpretation der Umfrage-Ergebnisse.

Tab. 9: Prozentuale Wahlenthaltung unter politisch unterschiedlich stark interessierten Bevölkerungsgruppen			
	Parlamentswahlen	Kommunalwahlen	
Interesse	1979	1979	1983
viel	12	16	11
normal	16	20	10
wenig	10	13	16
gar nicht	20	24	26
Summe	16	19	18
Quelle: In Anlehnung an Justel 1995, S. 265.			

102 Eilfort: *Nichtwähler* (Anm. 7), S. 255.
103 Ebd.
104 Justel: *Abstención* (Anm. 24) S. 268.
105 Milbrath: »Political« (Anm. 86).

4.5.2 Politische Identifizierung

Zwischen der Identifizierung mit Ideologien, Parteien und Parteiführern und dem allgemeinen politischen Interesse besteht natürlich eine enge Verbindung. Trotzdem lohnt sich auch in diesem Fall eine Analyse des Einflusses dieses Faktors auf die Wahlenthaltung, da es einen wesentlichen Unterschied zwischen beiden gibt. Hierzu muß man sich vorstellen, daß der individuelle Wahlprozeß normalerweise in zwei Stufen abläuft: Zuerst muß sich jeder darüber klar werden, ob er an einer Wahl teilnehmen will oder nicht, erst dann kann darüber nachgedacht werden, für welche parteipolitische Alternative man sich entscheidet. Während nun das politische Interesse die erste Stufe dieses Prozesses beeinflusst, kommt der Faktor der politischen Identifizierung erst bei der zweiten Stufe ins Spiel. Dies bedeutet, daß das Interesse über die Wahlteilnahme entscheidet und die Identifizierung über den Wahlausgang. Ragsdale und Rusk widersprechen dieser Ansicht: Ihrer Meinung nach fällt erst die Entscheidung, wen man wählen will, danach erst wird überlegt, ob man sie auch umsetzt und an der Wahl teilnimmt.¹⁰⁶ Auf jeden Fall aber müßte die politische Identifizierung, sei es mit einer Person, einer Partei oder einer Ideologie, eine mobilisierende Wirkung ausüben. Die Umfrage-Ergebnisse in Tab. 10 bestätigen dies.

Tab. 10: Prozentuale Wahlenthaltung nach politischer Identifikation										
Identifizierung	Parlamentswahlen						Kommunalwahlen			
	1977	1979	1982	1986	1989	1993	1979	1983	1987	1991
Mit Ideologie										
Ja	8	13	8	11	13	10	17	14	12	17
Nein	22	23	19	28	30	27	26	33	29	37
Mit Parteiführer										
Ja	12	11	-	9	11	8	15	13	-	-
Nein	13	20	-	23	26	22	22	30	-	-
Mit Partei										
Ja	-	-	-	6	8	6	-	9	-	10
Nein	-	-	-	18	19	16	-	24	-	26

Quelle: In Anlehnung an: Justel 1995, S. 271.

Bei allen Wahlgängen beider Wahlarten war der Nichtwähleranteil unter den Befragten, die sich mit etwas identifizieren konnten, niedriger. Bezüglich der Richtung der Identifizierung läßt sich sagen, daß diejenigen, die sich selbst ideologisch eher links einschätzen, zu einer höheren Wahlenthaltung neigen als die mit kon-

¹⁰⁶ Lyn Ragsdale / Jerrold G. Rusk: »Who Are Nonvoters? Profiles from the 1990 Senate Elections«, in: *American Journal of Political Science*, Band 37, Nr. 3, 1993, S. 742.

servativen Kräften Sympathisierenden. Bedeutender als dies war aber die Tatsache, daß teilweise mehr als die Hälfte der Befragten sich nicht ideologisch einordnen konnte oder wollte.¹⁰⁷ Dies macht klar, daß Wahlenthaltung eher etwas mit mangelnder Identifizierung mit politischen Faktoren zu tun hat als damit, mit welcher Partei oder Ideologie man sich identifiziert.

4.5.3 Interesse an der Wahlkampagne

Die Ergebnisse der Umfrage zu diesem Punkt machen deutlich, daß die Wahlenthaltung nicht unabhängig vom Interesse an der Wahlkampagne der politischen Parteien ist. Diese Aussage bestätigt damit die bei der Betrachtung des Zusammenhangs von allgemeinem politischen Interesse und Wahlenthaltung gemachten Beobachtungen. Vor allem bei den Befragten, die keinerlei Interesse an der Wahlkampagne zeigten, wurde eine deutlich höhere Wahlenthaltung festgestellt. Es läßt sich daher sagen, daß eine Wahlkampagne, die vom Bürger auch verfolgt wird, eine durchaus mobilisierende Wirkung auf die Wahlberechtigten haben kann. Dabei ist es nicht einmal notwendig, sie besonders intensiv zu verfolgen. Schon bei geringem Interesse lag die Wahlenthaltung deutlich niedriger als bei denen, die sie gar nicht verfolgten.

Insgesamt gesehen zeigt sich, daß es viele verschiedene Arten von »Reizen« gibt, die sich stimulierend auf die Wahlbeteiligung auswirken können. Der stärkste Reiz geht dabei von der Identifizierung mit einem politischen Faktor aus. Festzuhalten bleibt ferner, daß politische im Vergleich zu sozialen Faktoren eine große, wahrscheinlich sogar eine größere Rolle bei der Wahlenthaltung spielen.

5. Motive der Nichtwähler

5.1 Interpretation der Wahlenthaltung und ihrer Ursachen durch die Wähler

Aus den meisten postelektoralen Umfragen lassen sich nur wenige Informationen über die allgemeinen Gründe für Wahlenthaltung gewinnen. Zwei dieser Umfragen aus den Jahren 1984 und 1986 allerdings zeigen interessante Ergebnisse. Auf die Frage: »Wie beurteilen Sie das gesetzliche Wahlrecht?« antworteten 1984 (1986) ca. 69 (56)% der Bevölkerung, daß das Stimmrecht sowohl ein Recht als auch eine Pflicht sei, 27 (33)% sahen es nur als Recht, aber nicht als Pflicht, und nur ein (drei) Prozent der Befragten dachte fälschlicherweise, daß es in Spanien eine Wahlpflicht gebe (der Rest hatte keine Meinung).¹⁰⁸ Die Teilnahme an der Wahl wird von der Mehrheit der spanischen Bevölkerung also noch immer als staats-

¹⁰⁷ CIS – Catálogo del Banco de Datos, 1993.

¹⁰⁸ Ebd.

bürgerliche Pflicht angesehen, auch wenn die Zahl derjenigen, die diese Einstellung vertreten, dieser Umfrage zufolge rückläufig ist. Eine Studie von Montero hingegen kommt sogar zu dem Ergebnis, daß immer mehr Spanier das Wahlrecht auch als Pflicht verstehen.¹⁰⁹ Allerdings wächst gleichzeitig auch das Verständnis für die Nichtwähler. Dies zeigt sich an einer Untersuchung, bei der im Zeitraum von 1985 bis 1990 im Rahmen landesweiter Umfragen folgende Frage gestellt wurde: »Wenn Sie an Nichtwähler denken, welche der folgenden Meinungen würden Sie dann am ehesten vertreten«? Auf die Antwort, daß Nichtwählen immer ein Fehler sei, entfielen zwar die meisten Stimmen, doch sank die Zustimmung von 51 % im Jahr 1985 fünf Jahre später auf nur noch 42 %. Gleichzeitig stieg der Anteil derjenigen, die Wahlenthaltung als eine legitime Meinungsäußerung betrachten, von 22 auf 29 %.¹¹⁰ Es läßt sich also durchaus ein Trend zur »Aufweichung« der bisherigen Haltung zum Wahlverhalten erkennen, nach wie vor betrachtet aber ein Großteil der spanischen Bevölkerung den Wahlakt als Teil seiner Pflichten als Staatsbürger.

5.2 Gründe für Wahlbeteiligung

Auch die Umfrage-Ergebnisse in Tab. 11 lassen erkennen, daß viele Spanier immer noch die soziale Norm der Pflicht zur Wahl verinnerlicht haben. Wie jede andere Norm auch kann sie übertreten werden, die Häufigkeit der Übertretungen und damit die Höhe der Wahlenthaltung hängt dabei u.a. auch vom Grad der Verinnerlichung der Norm durch den einzelnen ab.

Tab. 11: Prozentualer Anteil der Antworten auf die Frage nach dem wichtigsten Grund für die Wahlbeteiligung

Antworten	1980	1989	1990
Staatsbürgerpflicht	57	61	58
Befriedigendes Gefühl	2	3	4
Eigener Partei helfen	11	9	13
Anderen Parteien schaden	6	7	7
Eigenen Kandidaten helfen	3	5	6
Andere Gründe	3	3	2
Keine Antwort	18	12	10
Summe	100	100	100

Quelle: CIS – Catálogo del Banco de Datos, 1993.

Wie stark diese Verinnerlichung ist, kann mit dem vorhandenen Datenmaterial schlecht geschätzt werden, daher sind zukünftige Aussagen über die Entwicklung

¹⁰⁹ Montero: *Non-Voting* (Anm. 59), S. 21.

¹¹⁰ CIS – Catálogo del Banco de Datos, 1993.

dieser Norm, welche die meisten Wahlberechtigten betrifft, nur sehr schwer möglich.¹¹¹ Fest steht allerdings, daß sie sich quer durch die spanische Bevölkerung zieht; nur in wenigen sozialen oder politischen Segmenten der Bevölkerung wird sie nicht von der Mehrheit getragen.¹¹² Auch hier läßt sich allerdings wieder nur die Verbreitung und nicht die Intensität der Norm ablesen.

Aus der Analyse der Umfrage-Ergebnisse hinsichtlich der Motive für die Wahlbeteiligung ergibt sich, daß die soziale Norm der staatsbürgerlichen Wahlpflicht den mit Abstand wichtigsten Mobilisierungsfaktor darstellt. Diese Norm ist dabei in der ganzen Bevölkerung gleichermaßen präsent. Andere Motive wie der Wunsch, einer Partei oder einem Kandidaten zu helfen, bleiben dagegen ohne große Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung.

5.3 Gründe für Wahlenthaltung

Im folgenden sollen die Gründe für Wahlenthaltung in zwei Gruppen unterteilt werden. Zunächst findet eine Analyse derjenigen Gründe statt, von denen die Befragten annehmen, daß sie bei einer Wahlenthaltung eine Rolle spielen. Die Befragten sind also keine Nichtwähler, sondern sollen nur die beim Interview abgefragten Gründe für Wahlenthaltung hinsichtlich ihrer Relevanz einschätzen. Beim zweiten Umfragetyp (s. Abschnitt 5.4) handelt es sich wieder um die bereits mehrfach verwendeten Befragungen des CIS, die dieser unmittelbar nach den Wahlen landesweit durchführt. Im Gegensatz zu den hier zuerst vorgestellten Umfragen enthalten sie keine Meinungen *über*, sondern *von* Nichtwählern.¹¹³

Tab. 12: Relative Wichtigkeit eines Grundes für Wahlenthaltung (Dezember 1989)

Gründe	Wichtig?			
	ja	nein	weiß nicht	keine Antwort
Parteien sind alle gleich	27	51	17	5
Keine geeignete Partei	60	16	19	5
Wahlenthaltung aus Protest	38	37	20	5
Mangelnde Praxis im Wählen	29	46	20	5
Zufrieden mit jetzigem Zustand	16	59	20	5
Mangelndes Verantwortungsbewußtsein	42	33	20	5

Quelle: CIS – Catálogo del Banco de Datos, 1993.

¹¹¹ Interview mit Montero am 03.05.1995.

¹¹² Justel: *Abstención* (Anm. 24), S. 338.

¹¹³ Bei den in diesem Abschnitt analysierten Daten des ersten Umfragetyps sind allerdings die unfreiwilligen Nichtwähler nicht mit erfaßt, da die den Befragten vorgegebenen Antwortmöglichkeiten keine technische Wahlenthaltung vorsahen.

Die in Tab. 12 dargestellten Umfrage-Ergebnisse zeigen, daß der Vorwurf des ungenügenden Parteienangebotes sowie das mangelnde Verantwortungsbewußtsein von Mitbürgern als wichtige Gründe für Wahlenthaltung genannt wurden. Interessant erscheint die Tatsache, daß Zufriedenheit mit dem jetzigen Zustand für die Befragten keinen Grund darstellt, nicht an der Wahl teilzunehmen. Dies widerspricht klar der Normalisierungstheorie, derzufolge Wahlenthaltung ein Zeichen für Stabilität des Systems sei. Justel verweist ferner darauf, daß der von sehr vielen als wichtig eingestufte Grund der fehlenden politischen Alternative zu den momentan existierenden Parteien verwunderlich erscheinen muß angesichts des spanischen Parteiensystems, das eigentlich sehr pluralistisch ist und neben den zahlreichen Regionalparteien auch viele Wahlmöglichkeiten auf gesamtstaatlicher Ebene bietet.¹¹⁴ Die größte Kontroverse zwischen den Befragten gab es bei dem Punkt Wahlenthaltung aus Protest: Die eine Hälfte empfand ihn als wichtig, die andere nicht.

5.4 Motive für Wahlenthaltung bei den Parlamentswahlen

Tab. 13: Motive der Nichtwähler bei den Parlamentswahlen 1986-1993*			
Motive	1986	1989	1993
Kein Interesse an Wahlen	14	7	12
Kein Interesse an Politik	44	41	38
Wahlausgang interessiert mich nicht	27	21	14
Ich fühlte mich von keiner Partei vertreten	-	-	27
Wahlausgang war klar, meine Stimme unwichtig	17	13	8
Enttäuschung über zuletzt gewählte Partei	18	15	11
Andere Motive	18	18	17
* Die Befragten konnten mehrere Angaben machen. Quelle: CIS – Catálogo del Banco de Datos, 1993.			

Die Ergebnisse in Tabelle 13 machen deutlich, daß politisches Desinteresse als Motiv für Wahlenthaltung eine große Rolle spielt. Da der Wahlausgang bei den letzten Parlamentswahlen immer relativ knapp war, läßt sich damit auch der geringer werdende Anteil derjenigen begründen, die bei einem klaren Wahlausgang zur Wahlenthaltung neigen. Insgesamt gesehen scheinen die Motive der Nichtwähler eher durch Desinteresse als durch Kritik geprägt zu sein. Allerdings nimmt diese zu, was auf die Diskreditierung der politischen Parteien aufgrund von Korruptionsskandalen zurückzuführen ist. Diese Beobachtung stärkt die The-

114 Interview mit Justel am 24.04.1995.

se, derzufolge die freiwillige, kritische und damit aktive Wahlenthaltung immer mehr an Bedeutung gewinnt, während politisches Desinteresse und die damit verbundene »passive« Wahlenthaltung an Bedeutung verlieren.¹¹⁵

6. Schlußbetrachtung

Wie ist das Phänomen der Wahlenthaltung im spanischen Fall zu charakterisieren? Folgende Besonderheiten kennzeichnen die Wahlenthaltung in diesem Land: Ein sehr wichtiger Punkt ist die hohe Mobilität der aggregierten Wahlenthaltung. Momentan erlebt Spanien einen Prozeß der Verschiebung der Wahlenthaltung vom Land in die Stadt. Dieser geht einher mit der Verschiebung hoher Nichtwählerquoten vom ersten in den zweiten und vor allem dritten Sektor. Es deutet sich damit eine Entwicklung an, die entgegengesetzt zur Modernisierung Spaniens verläuft und der Grund dafür ist, daß Spanien zusammen mit Frankreich und Japan die einzige westliche Demokratie mit höheren Nichtwählerquoten in der Stadt als auf dem Land ist. Gleichzeitig widerspricht sie damit auch der linearen These, die besagt, daß Wahlenthaltung nur die Folge von relativen sozialen Defiziten darstellt und dementsprechend mit zunehmender Modernisierung eines Landes geringer wird. Außerdem liefert sie erste Hinweise darauf, daß die Nichtwähler in Spanien immer aktiver in ihrer Wahlentscheidung werden und nicht von strukturellen oder soziologischen Faktoren beeinflusst werden.

Obwohl die Heterogenität der Nichtwählerschaft dies erschwert, kann man ein Profil der Nichtwähler herausarbeiten. Dabei läßt sich feststellen, daß auch in Spanien die soziodemographischen Profile der Nichtwähler viele typische Merkmale sozialer Randgruppen aufweisen: Es sind (Haus-)Frauen, Ältere und Jüngere, »Singles«, Arbeitslose, Studenten, Rentner usw.¹¹⁶ Die spanischen Nichtwähler stimmen in diesen Aspekten mit denen der meisten anderen Länder überein. Es gibt aber auch einige Besonderheiten der spanischen Nichtwähler: Sie leben eher in der Stadt als auf dem Land, sie sind eher gebildet als ungebildet und teilweise eher aktiv als passiv in ihrem Beruf.

Die Motive der Nichtwähler sind ebenso wie ihr Profil bei weitem nicht einheitlich. Die Umfrage-Ergebnisse deuten allerdings darauf hin, daß vor allem die politischen Faktoren wie fehlende Identifikation mit einer Partei oder Ideologie für die Wahlenthaltung verantwortlich sind. Ferner besagt eine CIS-Umfrage, daß die freiwillige Wahlenthaltung sowohl bei Parlaments- als auch bei Kommunalwahlen deutlich gestiegen ist. So stieg der Anteil der freiwilligen Nichtwähler bei

115 Interview mit Montero am 03.05.1995.

116 Montero: *Non-Voting* (Anm. 59).

den Parlamentswahlen von 1977 bis 1993 von 53 auf 69%.¹¹⁷ Dies deutet auf eine Zunahme der politischen und aktiven Wahlenthaltung hin. Das Wählen wird von der Mehrheit der spanischen Bevölkerung noch immer als staatsbürgerliche Pflicht angesehen, doch scheint die Anzahl derjenigen zu steigen, die bewußt nicht an den Wahlen teilnehmen, da sie sich nicht mit einer politischen Partei identifizieren können. Spaniens Demokratie erlebt damit von Beginn an einen Prozeß, den auch andere westliche Demokratien seit einigen Jahren durchlaufen: Die Bindung an die Parteien und die Identifikation mit ihnen nimmt ab, das Gefühl, von keiner Partei richtig vertreten zu werden, nimmt dagegen zu. Dies wirkt sich auch auf die Wahlenthaltung aus: Die Nichtwähler kommen nicht mehr nur aus den sozialen Randgruppen, immer mehr gebildete und sozial besser gestellte Wahlberechtigte entscheiden sich von Wahl zu Wahl bewußt, ob sie überhaupt an ihr teilnehmen wollen.

Wichtiger als die Spekulation über die Entwicklung der Motive der Nichtwähler ist jedoch die Übereinstimmung der Zahlen mit den vorhergehenden Analysen. Diese scheint gegeben: Auch die Untersuchung der Motive für Wahlenthaltung bei Kommunalwahlen läßt durchaus den Schluß zu, daß die Nichtwählerschaft sich in einem Strukturwandel befindet, in dessen Verlauf sich eine deutliche Verlagerung der Nichtwähler aus sozialen Randpositionen ohne politisches Interesse hin zu einer Nichtwählerschaft politisch gebildeter und wirtschaftlich unabhängiger Bürger andeuten könnte.

Welche Schlußfolgerungen lassen sich aus den Nichtwählerquoten auf den Zustand der spanischen Demokratie ziehen? Anders gefragt: Läßt sich anhand der Wahlenthaltung in einem Land überhaupt etwas über die momentane Stabilität seiner Demokratie sagen? Viele Wahlforscher bezweifeln dies und weisen auf die Beispiele der Schweiz und der USA hin, die eine ebenso traditionsreiche wie stabile Demokratie aufzuweisen haben und doch bei den Nichtwählerquoten mit durchschnittlich über 50% in der Schweiz und über 40% in den USA mit weitem Abstand vor allen anderen demokratischen Staaten liegen.¹¹⁸ Obwohl die Wahlenthaltung also nicht viel über die Stabilität eines politischen Systems auszusagen vermag, kann man sie doch nicht als völlig irrelevant bezeichnen. Anders als in gefestigten Demokratien ist die Wahlenthaltung in der Übergangsphase von einem autoritären Regime zur Demokratie von nicht geringem Interesse, zeigt sie doch, inwieweit die noch junge Demokratie die Bürger von der Vorteilhaftigkeit dieses Systems zu überzeugen weiß. Im spanischen Fall wurden die hohen Nichtwählerquoten Ende der siebziger Jahre mit großer Besorgnis zur Kenntnis genommen und als Zeichen der Enttäuschung der Bevölkerung über das neue politische System

117 Justel: »Composición« (Anm. 23), S. 350.

118 López Pintor: »Fantasma« (Anm. 53), S. 9.

gewertet. Wie gefährlich solch ein Klima des »demokratischen Pessimismus« sein kann, zeigt der gescheiterte Staatsstreich Anfang der achtziger Jahre, dessen Initiatoren eventuell auf dieses Klima als unterstützendes Element spekulierten. Aber gerade dieser Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, führte zu einer Stärkung der Demokratie, die sich auch in niedrigen Nichtwählerquoten niederschlug. So wurde die hohe Wahlenthaltung Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre zwar immer noch heftig diskutiert, doch wurde sie nicht länger als Ablehnung des politischen Systems an sich interpretiert, sondern als Enttäuschung über den momentanen Zustand seiner Organe.¹¹⁹ Neben der mittlerweile in Spanien deutlich zu beobachtenden Trennung dieser beiden Aspekte lassen auch die sehr niedrigen Nichtwählerquoten der letzten Wahlen sowie der reibungslose Übergang der Macht von den Sozialisten an die Konservativen den Schluß zu, daß die spanische Demokratie sich in einem sehr stabilen Zustand befindet.

119 Justel: *Abstención* (Anm. 24), S. 6.